Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Herausgeber: Widerspruch
Band: 17 (1997)
Heft: 34

Buchbesprechung: Marginalien ; Rezensionen

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 04.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Stefan Howald

Tony Blairs New Labour und die linke Opposition

Seit Tony Blair im Juni 1994 zum Führer der britischen Labour Party gewählt wurde, hat er die von seinen Vorgängern Neil Kinnock und John Smith eingeleitete Modernisierung der Partei fortgesetzt und radikalisiert. Labour wurde zuerst zur sozialdemokratischen Partei kontinentaleuropäischen Zuschnitts und rückte dann bekanntlich weiter nach rechts in die Mitte. Die linke Opposition innerhalb der Partei wurde marginalisiert oder hielt sich vor dem Wahlkampf zurück. Nach dem überwältigenden Wahlerfolg vom 1. Mai 1997 setzte die Labour-Regierung nun das Programm eines sozialdemokratischen Modernisierungskurses um. Wo aber bleibt die linke Opposition?

Eine konzise Analyse der wichtigsten Politiken und Köpfe im Hinblick auf die Machterringung bis und mit den ersten Tagen der neuen Labour-Regierung liefert das Buch von *Paul Anderson/Nyta Mann*. Sorgfältig dokumentierend und zurückhaltend kritisch stellt es ein unverzichtbares Quellenwerk dar. Defizite von Blairs New Labour in wirtschaftspolitischer und hegemonialer Hinsicht analysierte schon vor den Wahlen *David Coates*, eine umfassendere Kritik von traditionell linker Seite lieferte *Michael Barrat Brown* zusammen mit dem Europarlamentarier *Ken Coates*, während *Kevin Davey* in einem brauchbaren Inventar alle heiklen Probleme auflistet, mit denen Labour in der Regierung konfrontiert sein könnte. Als Schwachstelle identifiziert er das wahrscheinliche Auseinanderbrechen einer heterogenen Koalition, wenn sich die Verteilungskämpfe um Steuergelder und politische Macht zuspitzen werden. "Angesichts des Fehlens einer wirklich gemeinsamen Vision oder schnell einsetzbaren Geldes ist es unwahrscheinlich, dass Labours soziale Partner – die Mittelschichten im englischen Kernland, Wirtschaftskreise, Gewerkschaften, die Arbeitslosen und die jugendlichen Bewegten der Do-it-Yourself-Politik – allzu lange eine geeinte Nation bleiben. Ebenso werden Spannungen zwischen Labours libertären Traditionen und der neuen Betonung auf Verantwortlichkeit und Verpflichtung entstehen." (S.97)

Martin Jacques, ein langjähriger Vorreiter einer Modernisierung der Labour Party, warnte noch vor den Wahlen, Blair schiesse sich auf die falschen Gegner ein – Gewerkschaften, alleinerziehende Mütter, jugendliche Fahrende – und werde allzu vertraulich mit der Wirtschaft; eine Befürchtung, die auch von *Jeremy Gilbert* nach den ersten Regierungstagen geteilt wird. Selbst *Will Hutton*, dessen Buch "The State We're In" mit seiner linksliberalen Kritik am Thatcherismus Blair wesentlich beeinflusst hatte, sah sich im jüngsten Werk "The State To Come" schon veranlasst, Blair davor zu warnen, sich von den Sirenenklängen zum Abbau des Staates allzu stark verführen zu lassen. Im übrigen ist Huttons Konzept der Stakeholder society, des Ausbaus demokratischer Teilhabe in allen Gesellschaftsbereichen, mit dem Blair ein paar Monate lang intellektuell liebäugelte, seit der

Wahl aus allen Verlautbarungen verschwunden.

Politisch am aufsehenerregendsten ist Blairs Mischung von neoliberalem Wirtschaftskonzept und christlichkonservativem Engagement nach dem Wahlsieg vom ehemaligen stellvertretenden Parteivorsitzenden *Roy Hattersley* attackiert worden. Hattersley gehörte unter Neil Kinnock zum rechten Labour-Flügel, er unterstützte und unterstützt den Ausschluss militanter Linker aus der Partei und die Preisgabe des Ziels einer sozialistischen Alternative in der Wirtschaftspolitik. Seine Attakke auf New Labour hat auch persönliche Gründe eines ins House of Lords abgeschobenen Elder statesman. Dennoch erinnert sie an ein grundsätzliches Postulat: Wie steht es mit der Umverteilung des Reichtums und mit gesellschaftlicher Gleichheit? Hattersley wirft Blair vor, den Anspruch auf eine egalitärere und gerechtere Gesellschaft völlig aufgegeben zu haben. Der Verzicht auf Steuererhöhungen sanktioniere die Umverteilung des Reichtums von den Armen zu den Reichen, wie sie unter dem Thatcherismus geschehen sei, und ignoriere drängende soziale Missstände. Jede der drei bisherigen Labour-Regierungen seit dem Zweiten Weltkrieg sei mit Massnahmen gestartet, um besonders Benachteiligte zu unterstützen. Nur Blair habe darauf verzichtet.

Als besonders anstössig greift Hattersley in der bisherigen Regierungspolitik die fraglose Akzeptanz eines flexiblen Arbeitsmarktes und einer Schul- und Bildungspolitik heraus, die die Klassenspaltung zementiere. Er folgert: "Blairs Regierung ist in mancher Hinsicht bewundernswert. Aber sie ist keine Kraft, die sich für Gleichheit einsetzt. Diese ideologische Apostasie hat uns Vertreter der Gleichheit von der Verpflichtung befreit, die Regierung in allem zu unterstützen, was sie tut." Mit dieser Position wurde Hattersley mittlerweile zum unerwarteten Wortführer der traditionellen Linken innerhalb und ausserhalb von Labour. Unterstützt wird er beispielsweise von *Ken Livingstone*, der in einer Kampfwahl überraschend in den Parteivorstand gewählt wurde und sich als Führer der linken Opposition im Unterhaus zu profilieren sucht. Seine Programmpunkte einer 'neuen linken Koalition' würden auf dem Kontinent allerdings eher den Grünen als einer linken Sozialdemokratie zugerechnet: entschiedenere Europa-Sympathie, mehr politische Dezentralisierung, stärkere Gewichtung ökologischer Anliegen. Livingstone unterstützt die offizielle Linie, die Steuern nicht zu erhöhen, schlägt aber eine Umverteilung vom Verteidigungshaushalt zum Sozialbudget vor.

Spezielle Aufmerksamkeit hat Blairs Versuch eines neuen Moralismus gefunden, etwa bei der Politologin *Sarah Benton*. Blairs strategisches Ziel, die Erwartungen zu senken, um eine grundsätzliche Erwartungshaltung zu brechen, die den Staat als mehr oder weniger effizienten Versorgungsapparat akzeptiert, beurteilt Benton vorsichtig positiv, weil damit eine Lehre aus dem populären Erfolg des Thatcherismus gezogen werde. Moralische Aufrufe an die Stelle gestrichener Sozialleistungen zu setzen, genüge allerdings nicht; vor allem stehe dies auch im krassen Widerspruch zum erklärten Ziel, die Selbständigkeit der Leute zu unterstützen. Blairs Moralismus zwinge den Leuten harte Entscheide auf, ohne ihnen die Mittel in die Hand zu geben, eigene Urteile zu fällen und eigenverantwortliche Politik zu betreiben. Nur durch lokale Mitbestimmung sei das

Vertrauen in einen Staat zurückzugewinnen, den man selber mittrage.

Ähnliche Überlegungen stellt *Michael Jacobs* an, der neue Generaldirektor der Fabian Society. Die Fabian Society, einst von George Bernard Shaw als Vorläuferin der Labour Party mitgegründet, später ein eigenständiger, aber Labour angeschlossener linker Debattierclub, ist in den letzten Jahren von neuen think tanks wie "Demos" an Bedeutung übertroffen worden. Nachdem Demos und dessen Direktor Geoff Mulgan in die Regierungsmaschinerie eingebunden worden sind, versucht sich die Fabian Society neu zu profilieren. Jacobs unterscheidet zwei mögliche Interpretationen des Blair'-schen Projekts. Die "oberflächliche" Interpretation sieht in New Labour nur eine Wahlmaschinerie, die dank einem Ruck nach rechts die Mittelschichten für sich gewinnen konnte und die nun darauf abzielen muss, diese Wählerschichten mit allen möglichen Zugeständnissen bei der Stange zu halten. Eine "grundsätzlichere" Interpretation billigt Blair zu, strategisch auf weitreichende Veränderungen der britischen Gesellschaft zu reagieren. Jacobs diskutiert diese beiden Interpretationen an drei zentralen Politikbereichen, wobei er sie zugleich als Interventionsmöglichkeiten begreift und eine Mitte-Links-Koalition dazu aufruft, der "grundsätzlicheren" Interpretation zum realpolitischen Durchbruch zu verhelfen.

In der Wirtschaft plädiert er für eine Stärkung der westlichen Wirtschaft gegen das ökonomische und soziale Dumping der Tigerökonomien. Das setze eine Zusammenarbeit mit jenen Multinationalen "mit progressiver Haltung" voraus. Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sei kein Rückgriff auf die veralteten Schwerindustrien möglich, sondern ein Programm staatlicher Anreize in den neuen Dienstleistungsindustrien nötig. Den Verzicht auf Steuererhöhungen sieht er als Chance, das zerstörte Vertrauen zwischen Staat und Bürgerinnen und Bürgern wieder herzustellen. "Jedes längerfristige Programm sozialen Wiederaufbaus muss zuerst das öffentliche Vertrauen in die staatlichen Instanzen zurückgewinnen". Schliesslich könne auch der Versuch, eine neue Identität für das euphorisch propagierte 'New Britain' zu schaffen, als Reaktion auf geänderte soziale Verhältnisse begriffen werden. Dem gegenwärtigen Individualismus sei nicht mit dem Rückgriff auf überholte Klassensolidarität zu begegnen, sondern mit dem Aufbau eines neuen gesellschaftsreformerischen Zugehörigkeitsgefühls. Jacobs betont, dass solche unterschiedlichen Interpretationen nicht allein der Führungsgruppe um Blair zugeschrieben und damit zum Entscheid überlassen werden könnten, sondern in breiter Debatte ausdiskutiert werden sollten.

Jacobs Ansatz ist interessant, weil er die Ambivalenzen im New Labour-Diskurs deutlich herausarbeitet. Diese lassen sich an Blairs grosser Rede vom 30. September 1997 am Labour-Parteitag in Brighton illustrieren. Blair versucht sein Bündnis verschiedener sozialer Partner immer wieder auch sprachlich in populistische Kompromissformeln einzukleiden. Bereits berüchtigt ist der Satz, Labour sei "tough on crime, and tough on the causes of crime" (Man gehe hart gegen die Kriminalität und hart gegen die Ursachen der Kriminalität vor!). Die neueste Rede steckt voller solcher Kompromissformeln: "Old British values, but a new confidence" (Alte britische Werte, aber ein neues Selbstvertrauen), „Hhigh ideals and hard choices" (Hohe Ideale und harte Entscheidungen) oder das zentrale

„Compassion with a hard edge" (Mitgefühl mit einer harten Kante). Diese Konstruktionen lassen Raum für unterschiedliche Betonungen: Einmal steht mehr das Mitgefühl, ein andermal das harte Durchgreifen im Vordergrund.

Über allem steht die Forderung einer durchgehenden Modernisierung aller Gesellschaftsbereiche. Sie gerät freilich in Widerspruch mit bestimmten Moralwerten, etwa der Betonung der Familie. Blair versucht den Widerspruch rhetorisch zu kleistern, wenn er die Auflösung von Familienstrukturen nicht verkennt – und zugleich abwehrt. „Attitudes have changed. The world has changed, but I am a modern man leading a modern country and this is a modern crisis." Diese Ambivalenz äussert sich selbst in jener kuriosen Metapher, die er nicht weniger als achtmal in seiner Rede gebrauchte, als er seine Landsleute dazu aufrief, Grossbritannien zum "beacon of the world" zu machen. Ein "beacon" kann einen patriotisch anheimelnden Leuchtturm meinen, aber er kann auch das technologisch avancierte Funkfeuer einer Radiostation bezeichnen und damit an den so oft wie hohl beschworenen Anschluss an den Superhighway anknüpfen. In welche Richtung sich die Realpolitik der neuen Labour-Regierung in solchen Ambivalenzen durchsetzen wird, hängt auch davon ab, wie sich die versprengte Linke innerhalb und ausserhalb der Labour Party geltend zu machen vermag. Dazu gehört auch, dass die vor allem als Geldspender für die Labour Party fungierenden Gewerkschaften wieder mehr Gehör finden. Der nächstens erwartete Vorschlag für einen gesetzlichen Minimallohn wird hier die erste Bewährungsprobe sein.

Zur ersten heftigen parteiinternen Auseinandersetzung haben sich hingegen die neuen Massnahmen in der Sozialpolitik entwickelt. Das aus den USA übernommene Welfare-to-work-Konzept sieht vor, den Sozialstaat zu entlasten, indem mehr Leute in den Arbeitsprozess integriert werden. Umstritten sind freilich die Massnahmen mit denen das erreicht werden soll. Ein sogenannter New Deal für Langzeitarbeitslose und jugendliche Arbeitslose, der im April 1998 anläuft, stellt einerseits Gelder für Ausbildung und Kurzzeit-Arbeitsplätze zur Verfügung, verschärft aber andererseits den Druck auf die Arbeitslosen. Die Weigerung vorhandene Angebote anzunehmen, wird zur temporären Streichung von Sozialleistungen führen. Das Prinzip soll sukzessive auf weitere Gruppen von Sozialhilfeempfängern ausgedehnt werden, wobei die Labour-Regierung mit allem rhetorischem Aufwand zu vermeiden versucht, von einem Zwang zur Arbeit zu sprechen.

In diese Richtung zielende Vorschläge für alleinerziehende Mütter, gekoppelt mit einem einst von den Konservativen vorgeschlagenen Abbau der entsprechenden Sozialleistungen, haben jetzt schon zur ersten offenen Revolte in der Labour Party geführt. Trotz striktem Fraktionszwang und Ausschlussdrohungen stimmten am 11. Dezember 47 Labour-ParlamentarierInnen gegen die Sparpolitik der eigenen Regierung, die mit der Unterstützung der Konservativen die Kindergeldkürzungen durchgesetzt hat; ein Minister und zwei unbezahlte Parlamentarische Sekretäre der Regierung traten zurück, eine weitere Beraterin wurde entlassen. Weil auch die öffentliche Meinung gegen diese Massnahmen war, sieht die Labour-Linke in der Rebellion eine mögliche Kehrtwende im Kampf gegen Blairs Marsch ins konservative Lager.

Literatur

Anderson, Paul/Mann, Nyta, 1997: Safety First. The Making of New Labour. London.

Benton, Sarah, 1997: Let's Get Engaged. In: Soundings Special: The Next Ten Years. Key Issues for Blair's Britain. London.

Blair, Tony, 1997: Prime minister's speech. In: The Guardian, 1.10. London.

Brown, Michael Barratt/Coates, Ken, 1996: The Blair Revelation. Deliverance for whom? Nottingham.

Coates, David, 1996: Labour Governments – Old Constraints and New Parameters. In: new left review 219. London.

Davey, Kevin, 1996: The Impermanence of New Labour. In: Mark Perryman (ed.): The Blair Agenda. London.

Gilbert, Jeremy, 1997: Crical Masses. Signs of the Times Discussion Paper. London.

Hattersley, Roy, 1997: Why I'm no longer loyal to Labour. In: The Guardian, 26.7. London.

Hutton, Will, 1994: The State We're In. London.

Hutton, Will, 1997: The State To Come. London.

Jacobs, Michael, 1997: Deep or shallow end. In: New Statesman, 26.9. London.

Jacques, Martin, 1996: His project for the party is a triumph, but what about his project for the country? In: The Guardian, 26.9. London.

Richards, Steve, 1997: Interview with Ken Livingstone. In: New Statesman, 10.10. London.

Erwin Lanc: Sozialdemokratie in der Krise. Zwischen ökonomischer Globalisierung und gesellschaftlicher Atomisierung. Promedia Wien, 1996 (220 S., Fr. 29.80)

„Wer eine militaristische reaktionäre Politik mitverfolgt, wer keine Vorstellungskraft für eine friedliche, gerechte Gesellschaft entwickeln kann, der ist in demokratischer Diskussion auf den Prüfstein zu bringen, auch wenn er sich sozialdemokratisch oder sozialistisch nennt." (S. 238) Mit diesen Worten unterstrich Erwin Lanc anlässlich einer Buchpräsentation im Wiener Arbeiterbezirk Simmering die Gründe seiner Streitschrift. Lanc war ein Jahrzehnt lang Innen-, Aussen- und Verkehrsminister unter der Regierung Bruno Kreisky und hatte sich in den 70er Jahren als „linkes Gewissen" der SPÖ Gehör verschafft. Der über Österreich hinaus bekannte Kritiker von gesellschaftlichen Entideologisierungstendenzen fragt in seinem neuen Buch „Sozialdemokratie in der Krise" nach den strukturellen Hintergründen des sozialdemokratischen Kraftverlustes in Österreich und beginnt mit einem Rekurs auf die Sozialdemokratie im Spiegel ihrer Programme und auf die Geschichte der Sozialistischen Internationale.

In den 90er Jahren sind, so Lanc, die europäischen Sozialdemokratien in eine Schere zwischen technischem Fortschritt und Standortkonkurrenz geraten, die den Parteien ihre Ideologie und damit ihr Profil gekostet hat. Die Digitalisierung der Produktion in den Zentren hat zu einer Isolierung des Arbeitsplatzes geführt, was wiederum Entsolidarisierung als Folge zeitigt. An der jahrzehntelang bewährten keynesianischen Beteiligungspolitik sind die führenden Kapitalfraktionen nicht mehr interessiert. Jenseits des sozial-

partnerschaftlichen, fordistischen Modells geht es ihnen jetzt einzig und allein um das Bestehen im weltweiten Konkurrenzkampf der Standorte. Sozialdemokratie müsste sich dieser strukturellen Neuordnung im Verhältnis von Kapital und Arbeit bewusst werden und statt dem hoffnungslosen Drängen auf ein Kapitalbündnis um jeden Preis eigene gesellschaftliche Akzente setzen, indem sie sich auf ihre historischen Wurzeln besinnt.

Enttäuscht konstatiert Lanc, dass viele Sozialdemokraten und Gewerkschaftler mit ihrem unkritischen EU-Engagement den „Internationalismus" aufgegeben haben. Er begreift nämlich die Arbeiterbewegung seit je als internationale Bewegung. Die starke Orientierung seiner Analyse auf den Nord-Süd-Konflikt, das Erkennen der strukturellen Disparität zwischen Zentren und Peripherien entspricht seiner Weltsicht. Soziale Visionen im Weltmassstab sind freilich schwerer zu denken als EU-zentrierte Kritiken der Globalisierung. Wer wie Lanc den Weltmarkt als treibenden Faktor der sozialen Ungleichgewichte und wirtschaftlichen Ungleichzeitigkeiten erkannt hat, kann die Augen vor den gesellschaftlichen Konsequenzen der ökonomischen Globalisierung nicht verschliessen. Sein inhaltlich grösstes Verdienst: die Analyse des US-amerikanischen Soziologen und Historikers Immanuel Wallerstein für einen neuen sozialdemokratischen Diskurs aufgearbeitet zu haben.

Die drei regionalen Machtblöcke USA, Japan und Europäische Union, die weltwirtschaftlich miteinander im unerbittlichen Wettbewerb stehen, tragen den Konkurrenzkampf, regional gesehen, auf dem Rücken des Südens und, sozial gesehen, auf Kosten der Armen in den Zentren und den Peripherien aus. „Was uns diesbezüglich erwartet, nennen die einen das wirtschaftliche und gesellschaftliche Chaos, die anderen die absolute Freiheit." Lanc lässt keine Zweifel offen, auf wessen Seite er steht.

Der „ökonomischen Globalisierung" auf der Ebene des Weltmarktes stellt der Autor die „gesellschaftliche Atomisierung" auf den lokalen Arbeitsmärkten gegenüber, die der Sozialdemokratie an das Fundament ihres Anspruchs als Arbeiterpartei geht. Mit scharfem Auge des Finanzfachmanns hat der langjährige Politiker beobachtet, dass und wie gesellschaftliche Veränderungen die Solidarität als Basis einer sozialen Kraft erschüttert haben. „Die demographischen Wandlungsprozesse sind nicht mehr zu übersehen... Die Bevölkerungspyramide wird an der Basis immer schmäler, die Spitze immer höher und breiter. Gleichzeitig ist eine Polarisierung der Lebensformen erkennbar. In zwei Jahrzehnten ist die Bevölkerung in Gesamtdeutschland um 7 Prozent, die Anzahl der Privathaushalte aber um 28 Prozent gewachsen." (S. 63) Singles und einsame Alte werden mehr. Und die "Pluralisierung der Lebensform wird vielfach mit Verlust an Gemeinschaft und mit wachsender sozialer Isolierung gleichgesetzt." Erwin Lanc unterstreicht dies, nicht ohne der Sozialdemokratie der 70er Jahre nachträglich eine gehörige Mitschuld an dieser Entwicklung zuzuweisen. Die sozialdemokratische Wählerschaft sei relativ gedankenlos in die „Konsumationsgesellschaft" geführt worden, was zu einer Kommodifizierung aller Lebensbereiche beigetragen hat - eine der hauptsächlichen Ursachen für die soziale Vereinsamung. Pädagogische Dimensionen von Sozialreform und Bürgererziehung wurden vernachlässigt.

Nach dem Scheitern des Keynesianismus genügen für die Zukunft der

Sozialdemokratie „Regierungsgewalt und parlamentarische Stärke allein" (S. 204) nicht mehr. Und so setzt sich auch Lanc mit dem Arbeitsbegriff auseinander, bringt feministisch-hausfrauistische Positionen ein, indem er die Lohnarbeit nur als Teil der gesamten notwendigen Arbeit anerkennt und beschäftigt sich mit den geänderten Erwerbsläufen junger Angestellter, die „einen Trend zur Diskontinuität" aufweisen. Mit drastischen Worten wehrt sich Lanc gegen die Parole, wonach der Gesellschaft die Arbeit ausginge, und grenzt sich von André Gorz („Abschied vom Proletariat") und von Jeremy Rifkin („Das Ende der Arbeit") ab.

Was Lanc mit seiner Bilanz - für manche überraschend - nicht betreibt, ist der endgültige Bruch mit der Sozialdemokratie. Stattdessen fordert er die Rückgewinnung des politischen Primats über ökonomische Prozesse. Aber ein dafür neues „Modell" einer ökologischen und „gesellschaftsreformerischen Sozialdemokratie" fürs 21. Jahrhundert wird nicht vorgeschlagen, ebensowenig neue Sozialstaatmodelle. Lanc diagnostiziert zumeist ganz im Sinne seines doppeldeutigen Buchtitels: „Sozialdemokratie in der Krise."

Hannes Hofbauer

Hans-Jürgen Bieling

Kommunitaristische Gemeinschaftsmoral. Zu Etzionis Verantwortungsgesellschaft

Parallel zur Globalisierungsdebatte boomt nun auch in Westeuropa die kommunitaristische Diskussion. Dies gilt weniger für die sozial- und moralphilosophischen Kontroversen im engeren Sinne, deren Potential allmählich erschöpft scheint. Aus der Frontstellung von Liberalismus und Kommunitarismus, d.h. von Atomismus/Holismus, Individualismus/Kollektivismus, Universalismus/Partikularismus etc. lassen sich kaum mehr zündende Ideen gewinnen; und auch die allgemeine Frage nach den moralischen Grundlagen der Gesellschaft (Honneth 1995) findet bislang nur sporadischen Eingang in die öffentliche Debatte. Augenscheinlich hat der Erfolg des Kommunitarismus jenseits der engen fachphilosophischen Auseinandersetzungen andere Ursachen: Sein Vokabular, aber auch seine Fragestellungen und Problemdiagnosen sind vielfach anschlussfähig.

Mittlerweile ist es kaum mehr übertrieben, vom Kommunitarismus als einer breiten, wenngleich sehr disparaten Intellektuellen-Bewegung zu sprechen. Nicht nur in der Soziologie und Politikwissenschaft werden die kommunitaristischen Ideen verstärkt rezipiert (Giddens 1995; Joas 1997; Willke 1997). Sie durchtränken auch zunehmend die Debatten der politischen Journale und des Feuilletons. Gleiches gilt im übrigen für die parteipolitische Programmatik und Praxis; viele Initiativen führender Politiker (von Clinton, Gore, Delors, Blair und Scharping über Fischer bis zu Biedenkopf und Kohl) sind kommunitarisch inspiriert. Vor allem Sozialdemokraten erblicken in der Revitalisierung gemeinschaftlicher Bindungen und Werte neue Möglich-

keiten für ihre Strategie der Politikvermarktung.

Trotz der augenscheinlichen Publizität des Kommunitarismus werden viele Probleme im Spannungsfeld zwischen Staat und Individuum in einer kommunitaristischen Soziologie der Tugend eher reproduziert als gelöst. Offensichtlich weist der Kommunitarismus einen kulturalistischen bias auf. Dieser manifestiert sich sowohl in den gesellschaftstheoretischen Überlegungen, insbesondere in der *Krisen- und Zeitdiagnose*, als auch in den daraus abgeleiteten *politischen Schlussfolgerungen*. Sicherlich trifft diese Kritik nicht alle kommunitaristischen Schriften in gleichem Masse, wohl aber die Positionen von *Amitai Etzioni,* eines der bekanntesten kommunitaristischen Vorkämpfer und Wortführer. Der Professor der George-Washington-University und der Harvard Business School initiierte das „communitarian network", gründete die Zeitschrift „The Responsive Community" und beteiligte sich federführend am „Manifest amerikanischer Kommunitarier" (1994). Seine Bücher drängen in kurzen Abständen auf den Markt und werden schnellstens ins Deutsche übersetzt. Nach „Jenseits des Egoismus-Prinzips" (1994) und der „Entdeckung des Gemeinwesens" (1995) folgt nun „Die Verantwortungsgesellschaft" (1997), in der er stärker grundlagentheoretisch argumentiert. Ihm geht es dabei weniger um weitere politisch-programmatische Zuspitzungen, als vielmehr um deren Einbettung in ein „allgemeines Paradigma für eine Soziologie der Tugend" (ebd., 20), deren Hauptgedanken sich vor allem um eine neue angemessene Balance von Persönlichkeitsrechten (individueller Autonomie) und Verpflichtungen gegenüber der Gemeinschaft (sozialer Ordnung) drehen.

Analog zu dieser Unterscheidung vertritt Etzioni einen gemässigten Kommunitarismus, dessen Denken er „jenseits vom üblichen Links-Rechts-Schema" (ebd.,29) verortet. So grenzt er sich nicht nur gegenüber dem *liberalen Individualismus* ab, der einseitig die individuellen Wahlfreiheiten hervorhebt, sondern auch gegenüber *sozialkonservativen Ordnungshütern*, die der individuellen Autonomie keinen Raum lassen. Im Ausgleich beider Perspektiven spielt für Etzioni der Begriff der *Verantwortung* eine zentrale Rolle. Verantwortungsbereitschaft, d.h. die *freiwillige* Selbstverpflichtung autonomer Individuen, gilt ihm als wichtige Ressource der sozial-moralischen Infrastruktur moderner Gesellschaften. Nur wenn sich die Individuen aktiv in Gemeinschaftsbelange einbringen, können sich tragfähige Bindungen, d.h. ein kommunitärer Wertehorizont und sozialer Konsens reproduzieren. Ein intaktes Gemeinschaftsgefüge (Familie, Schule, Nachbarschaft etc.) ist wiederum sowohl für die individuelle Autonomie als auch für die soziale Ordnung essentiell, da es zwischen beiden eine komplementäre bzw. symbiotische Beziehung garantiert. Wenn allerdings die „individuelle Autonomie" oder die „soziale Ordnung" überbetont wird, droht die Logik des Null-Summen-Spiels, in der eines der beiden Prinzipien verliert (ebd., 63ff). „Eine Gesellschaft hat drei Standbeine – Staat, Markt, Gemeinschaft", sagte er in einem Interview (Frankfurter Rundschau, 10.11.97). „Wir haben zuviel Staat ... Andererseits besitzt der Markt in den USA zuviel Freiheit, die Gemeinschaft ist vernachlässigt worden."

Der weitere Argumentationsgang im Buch beleuchtet dann aus historischer, soziologischer, philosophischer und auch aus politischer Perspektive unter-

schiedliche Aspekte eines ausgewogenen Gleichgewichts und die Notwendigkeit einer verantwortungsbewussten Moral. Erst gegen Ende des Buchs, wenn Etzioni die Kriterien für die Festlegung gemeinschaftlicher Grundwerte (die sozial vererbten, selbstevidenten moralischen Vorstellungen: demokratisches Engagement, Toleranz und gegenseitige Achtung, Versöhnungsbereitschaft etc.) diskutiert, deuten sich neue Akzentsetzungen an. Im Unterschied zum kulturellen Relativismus einiger anderer Kommunitaristen (so z.B. Walzer 1994) sucht er offen den Anschluss an gesellschaftsübergreifende moralische „Dialoge". Zum einen betont er dabei, dass nicht, wie im Fall der Religion, die Herkunft, sondern die Begründung der Werte entscheidend ist (Etzioni 1997, 299). In gewisser Weise adaptiert er damit einen Grundgedanken der liberalen Diskurstheorie, bezieht ihn jedoch nicht auf prozedurale Verfahren, sondern auf substanzialisierte Werte. Zum anderen verweist er auf die Chancen und realen Bezugspunkte eines weltweiten moralischen Dialogs (ebd., 300ff): die universellen Sozialisationserfahrungen (z.B. Fürsorge) und die Ausbreitung moderner Informationstechnologien.

Vordergründig lässt sich dem kommunitaristischen Plädoyer für mehr Gemeinschaftsorientierung einiges abgewinnen, ist die allseits beklagte Erosion gemeinschaftlicher Werte infolge des neoliberalen Siegeszugs doch mehr als offensichtlich. Die diesbezügliche Krisen- und Zeitdiagnose ist allerdings höchst defizitär. Generell stehen die kulturellen Ausformungen und Konsequenzen eines exzessiven Individualismus im Vordergrund. Zwar sprechen einige Kommunitaristen (z.B. Barber 1996; Bellah u.a. 1987 und 1992; Taylor 1994 oder auch Walzer 1992) die Problematik des *entfesselten kapitalistischen Marktes* offen an, ohne jedoch die Dynamiken der sozialen Spaltungs- und Ausgrenzungsprozesse eingehender zu analysieren. Etzioni erwähnt derartige Entwicklungen nur sehr sporadisch am Rande. Entsprechend reduziert er die neoliberale Transformation der Gesellschaft fast ausschliesslich auf ihre soziokulturellen Aspekte. Dies geht so weit, dass ihm der exzessive Individualismus schlicht als modifizierte Verlängerung der emanzipativen liberalen Kultur der 60er und 70er Jahre erscheint (Etzioni 1997, 99ff).

Diesem kulturalistischen Blick entspricht ein verkürztes Verständnis von „Gesellschaft", der gesellschaftlichen Entwicklung. Deren Bewertung bemisst sich primär am Verhältnis von individueller Autonomie und individuellen Anrechten einerseits sowie dem gesellschaftlichen Ordnungsgrad und gemeinschaftlichen Pflichten auf der anderen Seite. Um wessen Freiheiten, Rechte und Pflichten es sich jeweils handelt, und welches Ordnungsgefüge gefragt ist, deutet Etzioni nur von Fall zu Fall in bezug auf die jeweiligen gemeinschaftlichen Werte an. Fragen der (Chancen-)Gleichheit werden in diesem Sinne als abgeleitet und nachrangig behandelt (ebd., 319). Wie für viele andere Kommunitaristen sind die gesellschaftlichen Hierarchien, d.h. Macht- und Herrschaftsverhältnisse und die Strukturen gesellschaftlicher Ausbeutung wie sozialer Ausgrenzung wenig relevant. Die sozialen Problemlagen (Arbeitslosigkeit, verschärfte soziale Ungleichheiten, Armut, Ausgrenzung etc.), die in Analysen des kapitalistischen Umbruchs im Vordergrund stehen, werden fast durchweg ignoriert. Die Kritik des exzessiven Individualismus ist von daher gesell-

schaftsstrukturell nur schwach verankert. In gewisser Weise reproduziert der Kommunitarismus damit den Kulturalismus der postmodernen Weltsicht, gibt ihr allerdings eine kulturpessimistische Stossrichtung. Denn während Theoretiker der Postmoderne wie z.B. Lyotard (1986) die Auflösung tradierter gemeinschaftlicher Bindungen als *Freiheitsgewinn* begrüssen, beklagen die Vertreter des Kommunitarismus die gleiche Entwicklung als *Werteverlust* und *mangelnden Gemeinschaftssinn.*

Doch allmählich ist Entwarnung angesagt. Nach Etzioni wird der exzessive Individualismus in den 90er Jahren wieder in seine Schranken gewiesen. Derzeit schwingt das *Pendel* von den individualistischen Freiheitsrechten wieder zurück zu den gemeinschaftlichen Verantwortungsgefühlen, Pflichten und Ordnungsvorstellungen. Vor allem sozialdemokratische Parteien geben sich in diesem Kontext zunehmend einen kommunitaristischen Anstrich. Dies hat mehrere Gründe, zwei fallen jedoch besonders ins Auge: Zum einen gilt das sozialdemokratische *„Big Government"* nicht mehr als zeitgemäss, d.h. als zu bürokratisch und zu teuer. Im Zeitalter der Globalisierung und Beschäftigungskrise erfolgt daher der Abschied von den Projekten der Vollbeschäftigung und des wohlfahrtsstaatlichen Ausbaus (Anderson 1994). Zum anderen schwindet auch die Attraktivität der *neoliberalen Politik entfesselter Marktkräfte*. Der soziale und ökologische Problemstau wächst weiter an, während die soziale Kohäsion erodiert und die gesellschaftlichen Ressourcen aufgezehrt werden. Um dem entgegenzuwirken, wenden sich immer mehr Politiker dem vernachlässigten Dritten zu, der „Gemeinschaft". Funktionierende Gemeinschaften (Familie, Kirche, Vereine etc.) würden als „moralische Kraft" (Etzioni 1997, 245) nämlich nicht nur eine kostengünstige und bürgernahe Politik ermöglichen, sondern können auch in der Standortkonkurrenz wiederholt als Quelle gesellschaftlicher Werte, Sinnstiftungen, Identitäten beschworen werden.

Was zunächst noch als Bollwerk gegen den staatlichen Zentralismus wie gegen die Marktherrschaft erscheint, kann also durchaus in deren sozialmoralische Unterfütterung umschlagen. Dies muss keineswegs zwangsläufig geschehen, doch bereits die US-amerikanische Praxis, zukünftig möglicherweise auch die britische, mahnt zur Vorsicht (Smith 1997). So hat Clinton die von Etzioni proklamierte moralische Erneuerung von Gemeinschaft und Familie begierig aufgegriffen, um sie zugleich mit sozialpolitischen Kürzungsprogrammen und „Workfare"-Strategien zu verknüpfen.

Eigentlich ist das wenig verwunderlich. Denn genauer betrachtet handelt es sich bei der kommunitaristischen Programmatik um wenig mehr als um eine moderatere Fassung neokonservativer Grundsätze. Ob es um die Erziehung in Familie und Schule, um politische Partizipation, um die Regelung gemeinschaftlicher Angelegenheiten oder um öffentliche Institutionen (z.B. die Gesundheitsversorgung) geht, immer wieder unterliegt den unterbreiteten Vorschlägen ein *moralischer Konformitätsdruck.* Erzeugt wird dieser nicht nur über die substanzialisierten Werte und die mit ihnen übereinstimmenden konkreten Lebensweisen. Auch die über den „Gemeinsinn" generierte Blockwartmentalität fügt sich in dieses Bild. Vieles, was sich zunächst noch als Ausdruck einer gesteigerten sozialen Verantwortung prä-

sentiert, schlägt nur allzuleicht in ein kommunitär dezentralisiertes System von *Strafe, Repression und sozialer Kontrolle* um.

Dieser von W. Fach (1992) gegen R. N. Bellah u.a. (1987) formulierte Einwand kann auch gegen Etzioni vorgebracht werden. Zwar bestreitet dieser unter Berufung auf liberale und demokratische Werte die Gefahr einer kommunitaristischen Sozialhygiene und eines Tugendterrors (Etzioni 1997, 177ff), kann jedoch die Bedenken, seine vage Terminologie grenze sich nicht ab von Diskursen – freilich selbstorganisierter – autoritärer Gemeinschaften, nicht überzeugend ausräumen. Nicht nur, dass beispielsweise der Begriff der Verantwortung wiederholt mit dem der Verpflichtung verschmilzt. Bedenklicher noch stimmen seine konkreten Anregungen, z.B. in Fragen der Kriminalitätsbekämpfung. Ob sich über Formen des „Crime watch" (Etzioni 1997a), ein Modell der nachbarschaftlichen Bürger-Kontrolle von Besitz und Eigentum, das sich operativ auch auf Massnahmen der sozialen Stigmatisierung und Diskriminierung stützt, wirklich ein Klima der gesellschaftlichen Toleranz entwickelt, scheint doch höchst fraglich.

Eigentlich verfügt dieser Kommunitarismus nur bruchstückhaft über eine Vision der gesellschaftlichen Transformation. Die sozialmoralische Erneuerung wertintegrierter Gemeinschaften bleibt in ihren Konsequenzen ambivalent, während die wirtschafts- und sozialpolitischen Problemlagen umschifft werden. Allenfalls Walzer (1992, 193) befürwortet zumindest plakativ noch eine „radikale Demokratisierung der Unternehmensmacht". Die meisten anderen Kommunitaristen schweigen sich diesbezüglich hingegen aus. Auch Etzioni entkoppelt die Diskussion über *gemeinschaftliche Werte* von den *gesellschaftlichen Interessen*. Globalisierungs- und Standortfragen, wie die gesellschaftspolitischen Debatten über die zugespitzten sozioökonomischen Problemlagen – Erwerbslosigkeit, Armut, Obdachlosigkeit und andere Formen der sozialen Ausgrenzung – zeigen jedoch, dass normative Orientierungen auf handfesten materiellen Grundlagen aufruhen.

Etzionis Plädoyer für ein gesteigertes Verantwortungsgefühl stösst zumindest dann an Grenzen, wenn es sich mit den gesellschaftlichen Machtverhältnissen beisst. Was bleibt, sind moralische Luftschlösser wie Blairs Formel vom „Stakeholder-Kapitalismus" oder die freiwillige unternehmerische Selbstverpflichtung, in sog. Eigenverantwortung mehr Arbeitsplätze zu schaffen. Dennoch ist der kommunitaristische Diskurs in der Tagespolitik keineswegs funktionslos: Der Rückgriff auf symbolische Politik in Form moralisierter Werte-, Gefühls- und Gemeinschaftsdebatten liegt besonders nahe, wenn einschneidende Kurskorrekturen machtpolitisch blockiert bzw. nicht wirklich gewollt sind. Wo Strategien einer progressiven Transformation fehlen, blühen Tugend und Moral. Die Moralisierung der Politik aber, wie sie in den USA beobachtet werden kann, ist nicht ungefährlich.

Literatur

Anderson, Perry, 1994: Introduction. In: ders./Camiller, Patrick (Eds.), Mapping the West European Left. London.

Barber, Benjamin R., 1996: Coca Cola und Heiliger Krieg. Wie Kapitalismus und Fundamentalismus Demokratie und Freiheit abschaffen. Bern; München; Wien.

Bellah, Robert N. u.a. 1987: Gewohnheiten des Herzens. Individualismus und Ge-

meinsinn in der amerikanischen Gesellschaft. Köln.
Bellah, Robert N. u.a., 1992: Gegen die Tyrannei des Marktes. In: Zahlmann, Christa (Hrsg.), Kommunitarismus in der Diskussion. Eine streitbare Einführung. Nördlingen.
Etzioni, Amitai, 1994: Jenseits des Egoismus-Prinzips. Ein neues Bild von Wirtschaft, Politik und Gesellschaft. Stuttgart.
Etzioni, Amitai, 1995: Die Entdeckung des Gemeinwesens. Ansprüche, Verantwortlichkeiten und das Programm des Kommunitarismus. Stuttgart.
Etzioni, Amitai, 1997: Die Verantwortungsgesellschaft. Individualismus und Moral in der heutigen Demokratie. Frankfurt/M.
Etzioni, Amitai, 1997a: Community watch. In: The Guardian, June 28.
Fach, Wolfgang, 1992: Der Zeuge Tocqueville. In: Zahlmann, Christa (Hrsg.), Kommunitarismus in der Diskussion. Eine streitbare Einführung. Nördlingen.
Giddens, Anthony, 1995: Beyond Left and Right. The Future of Radical Politics. Cambridge.
Honneth, Axel (Hrsg.), 1995: Kommunitarismus. Eine Debatte über die moralischen Grundlagen moderner Gesellschaften. Frankfurt a.M.; New York.
Joas, Hans, 1997: Die Entstehung der Werte. Frankfurt a.M.
Lyotard, Jean-François, 1986: Das postmoderne Wissen. Wien.
Manifest amerikanischer Kommunitarier, 1994: Die Stimme der Gemeinschaft hörbar machen. In: FAZ vom 8.5., S. 37; abgedruckt auch in Etzioni 1995.
Smith, Joan, 1997: The Ideology of 'Family and Community': New Labour Abandons the Welfare State. In: Panitch, Leo (Ed.), Ruthless Criticism Of All That Exists, Socialist Register. London.
Taylor, Charles, 1994: Die Unvollkommenheit der Moderne. In: Honneth, Axel (Hrsg.), Pathologien des Sozialen. Die Aufgaben der Sozialphilosophie. Frankfurt a.M.
Walzer, Michael, 1992: Zivile Gesellschaft und amerikanische Demokratie. Nördlingen.
Walzer, Michael, 1994: Sphären der Gerechtigkeit. Ein Plädoyer für Pluralität und Gleichheit. Frankfurt a.M.; New York.
Willke, Helmut, 1997: Supervision des Staates. Frankfurt a.M.

Meinhard Creydt

Dritter Sektor – Keimzellen für eine lebbare Zukunft?

Pack den Tiger in den Tank – so lautete vor Jahren eine Benzinreklame. Den Tiger 'Ökonomie' in seiner Kraft zu nutzen und ihn gleichzeitig sozial und ökologisch zu zähmen, das galt lange auch im linken und grünen Bereich als abgeklärt-aufgeklärte Devise.[1] Mittlerweile mehren sich Stimmen, die die Ökonomie nicht nur von aussen einzuhagen gedenken.

Dabei mangelt es nicht an respektablen Motiven dafür, Strukturen der *Vergesellschaftung* zu verändern. Nicht nur erscheint die hohe Arbeitslosigkeit als finanziell für die Gesellschaft untragbar. So besteht der „eigentliche Missbrauch darin, die Kosten wirtschaftlicher Fehlentwicklungen auf den Sozialstaat abzuwälzen." (Birkhölzer in Heckmann/Spoo 1997, 103). Sozial bedarf es einer anderen Verteilung der Arbeit, um der Spaltung der Bevölkerung in Überbeanspruchte und erzwungen Untätige Einhalt zu gebieten. Auch die von Kapitalen und staatlichen Verwaltungen stiefmütterlich behandelten sozialen Arbeiten erfordern eine andere Vergesellschaftung.

Gegen die nach 1989 'erst recht' im Stakkato propagierte vermeintliche

Effizienz angeblich selbstregulatorischer Systeme (allen voran: des Marktes) gewinnt der Sinn der Menschen für ihr In-der-Welt-sein als Arbeit und für das Ineinandergreifen von Arbeiten an Aufmerksamkeit. Gerade auch da, wo deutlich wird, dass die Ökonomie hausgemachte Missstände bei Interesse am Problembestand mit wiederum eigenen kompensatorischen Angeboten beantwortet: ökonomisch unsinnig, sozial (Auto, Eigenheim) desaströs jene Abstraktheit herstellend, die zum abstrakten Reichtum passt. Ob in der ökologischen Auseinandersetzung, ob im sozialwissenschaftlich thematisierten (Nicht-) Zustandekommen kollektiven Handelns bei kurzfristigen und individuell begrenzt verbleibenden Horizonten, überall wird eine Frage virulent: Wie lässt sich *soziale Kooperation* und *Assoziation*, wie lässt sich 'on the job citizenship' (Nader) in die Arbeiten selbst implantieren?

Aber auch aus den Problemen der modernen Gesellschaft, wenn man sie einmal getrennt betrachtet von ihrem strukturellen Zusammenhang mit der kapitalistischen Ökonomie, entstehen Probleme zweiter Ordnung: der gesellschaftlichen Einwirkung auf Gesellschaft. Zu ihrer Bearbeitung muss die Distanz zwischen Handlungen und Handlungsfolgen verkürzt werden „auf jenes Mass, das es überhaupt erst erlaubt, die Qualität jenes Zusammenhangs kognitiv zu erfassen und wie auch immer politisch-moralisch zu beurteilen... Handlungssysteme müssen in der Weise umgebaut werden, dass ihren Akteuren die Reflexion auf die Fernwirkungen ihres Handelns bzw. die Beweislust für deren Vertretbarkeit nahegelegt wird." (Offe 1986,114f.)

Der alten Intention der „Neuen Linken", auch in der Ökonomie alternativ zum Kapitalismus und Etatismus Vergesellschaftung von unten zu praktizieren – wächst diesem Motiv „neue" soziale Initiative zu? Handwerkerkollektive, soziale Betriebe, Beschäftigungsgesellschaften, Agrargenossenschaften, nichtkommerzielle Medien, Tauschringe, Selbsthilfegruppen, Car-Sharing-Initiativen, Energiewendegruppen und kommunale Aktionsgemeinschaften trafen sich im Februar 1997 zum Kongress „Wirtschaft von unten" in Potsdam. Im Herbst ist der Band mit den Vorträgen der Tagung erschienen (Heckmann/Spoo 1997). Eine gelungene Mischung aus eher theoretischen Beiträgen (von Oskar Negt, Michael Buckmiller, Micha Brumlik u.a.) und Berichten aus der Praxis. Gerade in ihnen fällt auf, wie sehr viele jener Naivitäten der Alternativbewegung der späten 70er Jahre vermieden werden,[2] ohne ihre emanzipatorischen Impulse zu dem Kind zu erklären, das von Surfern des Zeitgeistes ebenso naiv gehätschelt wie schnell vergessen, wenn nicht gar rabiat mit dem Bade ausgeschüttet wurde, kaum dass ein neues Spielzeug in Sicht war. Eine Beharrlichkeit im Bohren dicker Bretter durchzog den Kongress, 'Longo Mai' eben – es möge lange dauern –, so der Name eines die Tagung mitveranstaltenden Kooperativenverbunds. Zugleich war nichts von der Vermufftheit zwangshafter Fixierung auf einmal gefasste Vorsätze zu spüren. Aber über das alte Thema *'Genossenschaft'* in ihren vielen Spielarten neu nachzudenken[3] und praktisch sich aktuelle Erfahrungen – besonders aus den im Vergleich zu Deutschland auch wegen der rechtlich geringeren Hürden viel weiter verbreiteten sozialen und Dienstleistungs-Kooperativen in Italien, aus regionaler Ökonomie in England oder aus dem internationalen Landprojekteverbund 'Longo Mai' – zu vergegen-

wärtigen, das macht die Anregung des Tagungsbands aus.

Hans See stellte eine dabei zentrale Frage: „Können wir Menschen gleichberechtigt zusammenarbeiten oder brauchen wir Chefs und Eigentümer?" Und er trug dazu Erfahrungen aus einem in Selbstverwaltung (wenigstens für einige Jahre) vor dem Konkurs bewahrten Betrieb (Glashütte Süssmuth) aus den 70er Jahren vor. Negt wies auf gegenwärtige Schranken vieler Projekte hin: „Hier und da regt sich manches, aber es ist von fremder Hilfe abhängig, von Staatsunterstützung, sozial gesinnten Sponsoren, von kirchlichen Einrichtungen und Opfersammlungen." (Heckmann/Spoo, 1997, 19) Der Vortrag und die Diskussion über die genossenschaftlichen Bestrebungen in Italien (bzw. England) zeigten, dass auf lokaler Ebene Momente von Gegenwehr und Vergesellschaftung entstehen, die nicht in Feuerwehrpolitik, subsidiärer Schadensbegrenzung und Selbstverwaltung des Elends in Zeiten der ökonomischen Krise aufgehen.

Auch das Problem sozialer Transformation macht die hier diskutierten Projekte interessant. Veränderungsimpulse brechen sich an den antizipierten Kosten der Desorganisation des Alten und des Aufbaues des Neuen (vgl. Przeworski 1990), die endliche Erdenmenschen bei aller Problemwahrnehmung im Gegebenen einschüchtern. Hintergrund vieler auf der Tagung versammelter Beiträge dürfte eine Einschätzung sein, die bereits Fritz Vilmar und Brigitte Runge (1986) in einem Band über die sehr breit gefasste Selbsthilfebewegung formulieren. In gesellschaftlichen Veränderungsprozessen werden „meist nicht en bloc flächendeckend Zustände, Institutionen, Machtverhältnisse beseitigt bzw. revolutioniert, sondern in einem mühsamen Prozess reformierender 'Landgewinnung', in dem das Neue, Bessere, Humanere zuerst nur in Gestalt von 'Modellen', in Gestalt von 'Inseln', von Versuchen kleiner aktiver Minderheiten in der gesellschaftlichen Wirklichkeit sich entwickelt. Viele solcher Avantgarde-Versuche bleiben zu schwach, isoliert oder auch zu verstiegen, nicht nachvollziehbar – sie scheitern. Aber die, die aufgenommen, vervielfältigt, vernetzt werden, schaffen schliesslich, wie bei der Besiedlung eines Wüsten-Landes, eine neue 'allgemeine' soziale Realität – werden 'flächendeckend': 'Wo Wahn und Bann der Erste brach, folgt an und an der Letzte nach' (Goethe)."(Vilmar/Runge, 1986, 9) In der Abschlusserklärung des Kongresses wurde kontrapunktisch dazu gewarnt, „gesamtgesellschaftliche Vernunft nicht einfach durch lauter Klein-Klein zu ersetzen. Falsche ökonomische Strukturentscheidungen sind nicht durch individuelle Initiativen allen zu überwinden." (1997, 217) Heckmann wendet sich gegen die Gemeinsinnrhetorik und die wohlfeile Egoismuskritik seitens herrschender Politiker, die aufs friedlichste koexistiert mit dem Verzicht auf eine „andere Subventionspolitik". Demgegenüber fordert er: „Nicht die Förderung von Grossunternehmen, sondern von genossenschaftlichen und kooperativen Unternehmungen muss Vorrang haben – auch eine institutionelle Förderung kommunikativen und gemeinschaftsbildenden Handelns." (S.84) Es geht um das auch in der zivilgesellschaftlichen Diskussion unterbestimmte institutionelle „Unterfutter" (Offe 1996, 285) von Solidarität.[4]

Im Tagungsband kommen die Binnenprobleme der Projekte bei äusserem Druck und gesellschaftlicher Involviertheit zu kurz. Aufschlussreich ist hier Burghard Fliegers Studie

(1996). Er setzt sich mit Theorien (v.a. Oppenheimer) auseinander, die produktivgenossenschaftliche Unternehmen vor die Aporie stellen, entweder mickrig und kümmerlich zu bleiben, oder zu expandieren, aber dann den genossenschaftlichen Charakter einzubüssen. Flieger widerspricht dem differenziert und stellt alternative innerbetriebliche Entwicklungsverläufe und Handlungsmöglichkeiten vor. In einer Fallstudie untersucht er über einen Zeitraum von zehn Jahren ein produktivgenossenschaftliches (Software-) Unternehmen in der BRD, die PSI AG mit 650 MitarbeiterInnen. Unterschiedliche Wertevorstellungen und Generationskonflikte in der Belegschaft arbeitet Flieger heraus. Er zeigt, dass Wertedissens sich auch wieder abschwächen kann und dass es keine automatische Eskalationsspirale gibt mit den Stationen: Wirtschafliche Probleme, verstärkte hierarchische Steuerung, Erosion der sozialen Integration der produktivgenossenschaftlichen Betriebsverfassung. Trotz Umfang (538 S.) und Preis (68 DM) wird das Buch zur Pflichtlektüre für an Theorie und Praxis von Produktivgenossenschaften Interessierte avancieren. Flieger thematisiert die Vielfalt der Kontexte, in die sie involviert sind, so dass auch kontroverse Interpretationen mit seiner Arbeit eine Fülle von Material, Unterscheidungen und Argumenten zur Auseinandersetzung erhalten. Allerdings arbeitet Flieger nicht trennscharf den Unterschied der von ihm favorisierten Konzepte der Corporate Identity, 'lernender Organisation' und 'kooperativer Selbstqualifikation' gegenüber modernen Managementsstrategien in kapitalistischen Betrieben heraus.

Zu desillusionierenden Ergebnissen kommt diesbezüglich auch eine ebenfalls auf einen Zeitraum von zehn Jahren bezogene Untersuchung über 244 selbstverwaltete Betriebe in Hessen (Heider/Hock/Seitz 1997): „Sie sind ein Einfügsel in den jeweiligen lokalen Markt. In ihnen mögliche Wegbereiter einer neuen Wirtschaftskultur, gar einer alternativen Ökonomie sehen zu wollen... bedeutet eine masslose Überschätzung ihrer Bedeutung... Das Fortbestehen selbstverwalteter Betriebe ist ein Beleg für die dauerhafte Funktionsfähigkeit kollektiver Betriebsorganisation unter marktwirtschaftlichen Rahmenbedingungen..." (Kurzfassung, Frankfurter Rundschau 6.5.1997, S. 12).

Entgegen den Annahmen, der Arbeitsgesellschaft gehe die Arbeit aus, nimmt die Arbeit nicht ab, vielmehr steht an, unter- bzw. minderbewertete, marginalisierte bzw. unter Profitkriterien zu teure Arbeit (von Erziehung über Pflege bis zur ökologischen Landarbeit) überhaupt erst gesellschaftlich angemessen zu organisieren. Horst Schmitthenner, Karl Birkhölzer und Robert Kurz haben auf der Tagung die Zukunft des sog. *Dritten Sektors jenseits von Staat und Markt* thematisiert. Allerdings steckt der Teufel bei diesem Sammelbegriff im Detail; in der Vielfalt auch, um nicht zu sagen: Disparatheit der ihm subsumierten Phänomene, auf die ein ausführlicher sozialwissenschaftlicher Literaturüberblick aufmerksam macht (Bauer, Herrmann 1992).

Auch international differiert 'der' Dritte Sektor stark (vgl. Anheier/ Salamon 1994). „Die zentrale Frage lautet, ob sich innerhalb dieser Schattenwirtschaft eine sozialdarwinistische bis kriminelle oder eine solidarische Organisationsform durchsetzt. Die Bezeichnung 'informeller Sektor' ist in

diesem Zusammenhang eher eine Verharmlosung, welche die Formierungsprozesse in diesem Sektor übersieht, die ... keineswegs zwangsläufig nur positiv zu beurteilen sind." (Birkhölzer in Heckmann/Spoo 1997, 105). Aufmerksam zu machen ist hier auf den diskussionswerten Beitrag von Volker Hildebrandt „Der Dritte Sektor" im Heft 19 der Zeitschrift Krisis (1997). Auch Horst Müller hat nicht nur eigens für Nürnberg einen erstaunlich dicken Atlas aller einschlägigen Einrichtungen und Initiativen zusammengestellt, sondern sich auch theoretisch Gedanken über die mit dem Dritten Sektor verbundenen Hoffnungen auf eine für den Kapitalismus problematische Verschiebung der Ökonomie zur Sozialwirtschaft gemacht (1993, 1994). So nachdenkenswert sie sind, so sehr evozieren sie doch auch den Verdacht, dass heute unter dem Etikett 'Dritter Sektor' manches hoffnungsfroh firmiert, was früher unter der Überschrift 'Postindustrialismus' und 'Dienstleistungsgesellschaft' segelte – und überzeugende Kritik erfuhr (Wehling 1993).

Zu unterscheiden wäre am Dritten Sektor: Inwieweit ist er Ausfallbürge und Notreserve für Staats- und Marktversagen? Inwieweit wird in ihm eine neue soziale Steuerung und Assoziation, eine Kultur des Sozialen[5] jenseits von Staat und Markt virulent? Inwieweit soll er problematische Gemeinschaftsvorstellungen und 'Werte' (vgl. Creydt 1994) revitalisieren? Inwieweit verengen sich alternative ökonomische Projekte und Initiativen de facto auf das (neu kollektive) Eigeninteresse und die Absicherung des geschaffenen Binnenraums? Inwieweit ist der Dritte Sektor Notlösung und „Zufluchtsort" (Rifkin)? Was drückt das stark konfessionelle Engagement in diesem Bereich aus? Inwieweit sind für ihn neue in der Gesellschaft entstandene und über ihre Form hinausweisende Bedürfnisse ('Anders arbeiten – anders leben') einschlägig (vgl. Roth 1992)? Inwieweit gehen politische Effekte über die Selbsthilfe und Solidarität von aus der Ökonomie Ausgegliederten hinaus? Inwiefern wird in Debatten über seine Entwicklung reflektiert, dass die verschiedenen Sektoren nicht in friedlichem Wettbewerb miteinander um ihren gesellschaftlichen Anteil treten, sondern Wohl und Wehe des Dritten Sektors von Machtverhältnissen und sozialen Auseinandersetzungen in Ökonomie und Politik abhängen?

Anmerkungen

1 Für die linksliberale Variante des sozialwissenschaftlichen Mainstreams gilt die Ökonomie als Sphäre, die „nicht mehr von innen demokratisch umgestaltet, d.h. auf einen politischen Integrationsmodus umgestellt werden kann, ohne in ihrem systemischen Eigensinn beschädigt und damit in ihrer Funktionsfähigkeit gestört zu werden. Der Bankrott des Staatssozialismus hat das bestätigt." (Habermas 1990, 36). Allenfalls anzustreben sei eine „neue Balance" in der Gewaltenteilung, in der sich „die sozialintegrative Kraft der Solidarität – die 'Produktivkraft Kommunikation' – gegen die 'Gewalten' der beiden anderen Steuerungsressourcen Geld und administrative Macht, durchsetzen und damit die an Gebrauchswerten orientierten Forderungen der Lebenswelt zur Geltung bringen kann." (ebd.)

2 Vgl. zu den verschiedenen Ausprägungen von Kommune als Lebensform den

Erfahrungen vorstellenden Band von Bensmann u.a, 1996.

3 Einige theoretisch anspruchvolle Thesen zum Unterschied zwischen alten und neuen Genossenschaften formuliert Opielka, 1990.

4 Offe kritisiert an Habermas die einseitige Privilegierung der kognitiv-moralischen Kompetenzen der Individuen und die Hoffnungen auf ihr sozialmoralisches Lernen gegenüber den als 'Assoziationsverhältnisse' bezeichneten Interdependenzen bzw. Indifferenzen zwischen den Akteuren. Gegenüber der ethischen Rede wird das gelebte Ethos in den Blick gerückt und auf seine materialen Konstituentien verwiesen: „die Strukturen der Arbeitsteilung einerseits, das thematische und soziale Schnittmuster der Institutionen kollektiven Handelns, d.h. der Interessenaggregation und -vermittlung andererseits." (Offe 1989, 760) Von der Gestalt dieser Assoziationsverhältnisse hänge es ab, ob Solidarität sich entfalten könne.

5 Einschlägig sind hier auch Überlegungen des Philosophen Elster (1986) zum Unterschied Wohlfahrtsidee des Marktes – Konsum im weiten Sinne – einerseits und Marxismus als Verwirklichung des 'guten Lebens' durch aktive Selbstverwirklichung in Arbeit und Gesellschaftsgestaltung andererseits.

Literatur

Anheier, Helmut K./ Salamon, Lester M., 1994: The Emerging Sector: The Non-Profit Sector in Comparative Perspective – An Overview. Baltimore und Manchester.

Bauer, Rudolph/Herrmann, Peter, 1992: Soziale Dienstleistungen und 'Dritter Sektor': Intermediarität als alternativer Vergesellschaftungsmodus. In: Sozialwissenschaftliche Literaturrundschau (Literaturbericht), H. 25.

Bensmann, Dieter/Breiderstein, Gerhard/ Egbers, Swanette u.a. (Hg.), 1996: Das Kommune-Buch. Göttingen.

Bierbaum, Heinz/Riege, Mario, 1989: Selbsthilfe, Genossenschaften, Vergesellschaftung. Der Beitrag von Selbsthilfe und neuen Genossenschaften für gesellschaftliche Reformpolitik. Hamburg.

Creydt, Meinhard, 1994: 'Individualisierung' als Ursache rassistischer Gewalt? Zu Heitmeyers Diagnose des Verfalls von Werten und Sozialintegration. Das Argument H. 205. Berlin, Hamburg.

Elster, Jon, 1986: Self-Realization in Work and Politics. The Marxist Conception of Good Life. In: Paul, Ellen Frankel et al (eds.): Marxism and Liberalism. Oxford.

Flieger, Burghard, 1996: Produktivgenossenschaften als fortschrittsfähige Organisation. Marburg.

Habermass, Jürgen, 1990: Strukturwandel der Öffentlichkeit. Vorwort in 2. Neuauflage Frankfurt/M.

Heckmann, Friedrich/Spoo, Eckart (Hg.), 1997: Wirtschaft von unten. Selbsthilfe und Kooperation. Heilbronn.

Heider, Frank/Hock, Beate/Seitz, Hans-Werner, 1997: Kontinuität oder Transformation? Zur Entwicklung selbstverwalteter Betriebe. Eine empirische Studie. Giessen.

Hildebrandt, Volker, 1997: Der Dritte Sektor. Wege aus der Arbeitsgesellschaft. Krisis-Heft 19, Erlangen/Bad Honnef.

Müller, Horst, 1996: Konkrete Praxisphilosophie und Theorie der ökonomischen Transformation. In: VorSchein – Blätter der Ernst Bloch Assoziation, H. 15. Nürnberg.

Müller, Horst, 1994: Kapitalwirtschaft und Sozialwirtschaft. Zur konkreten Utopie der politischen Ökonomie. In: Utopie kreativ H. 47/48 (Teil 1), H. 50 (Teil 2), Berlin.

Offe, Claus, 1986: Die Utopie der Null-Option. In: P. Koslowski u.a. (Hg.): Moderne oder Postmoderne. Weinheim.

Offe, Claus, 1989: Bindung, Fessel, Bremse. In: Honneth, Axel u.a. (Hg.): Zwischenbetrachtungen im Prozess der Aufklärung. Frankfurt/M.

Offe, Claus, 1996: Moderne 'Barbarei'. Der Naturzustand im Kleinformat? In: Miller, Max; Soeffner, Hans-Georg (Hg.): Modernität und Barbarei. Frankfurt/M.

Opielka, Michael, 1990: Alte Genossenschaften und neue Gemeinschaften. In: Neue Praxis H.3.

Przeworski, Adam, 1990: 'Warum hungern Kinder, obwohl wir alle ernähren könnten'. Irrationalität des Kapitalismus-Unmöglichkeit des Sozialismus. In: Prokla Heft 78, 20. Jg., Münster.

Roth, Roland, 1992: Jenseits von Staat und Markt. Dritter Sektor und neue soziale Bewegungen. In: Forschungsjournal Neue soziale Bewegungen. Jg. 5, H. 4, Berlin.

Stiftung Bauhaus Dessau und Europäisches Netzwerk für ökonomische Selbsthilfe und lokale Entwicklung (Hg.), 1996: Wirtschaft von unten. People's Economy. Beiträge für eine soziale Ökonomie in Europa. Berlin.

Vilmar, Fritz/Runge, Brigitte, 1986: Auf dem Weg zur Selbsthilfegesellschaft? Essen.

Wehling, Peter, 1993: Postindustrialismus – eine ökologische Utopie? In: Prokla Heft 93, 23. Jg. Münster.

Wissenschaftszentrum Berlin Mitteilungen 1995: Der Dritte Sektor (Forschungsschwerpunkt Sozialer Wandel). H. 67, Berlin.

Für Literaturhinweise zum Dritten Sektor bedanke ich mich bei Jörg Nielandt.

Isidor Wallimann

Selbstverwaltung – Soziale Ökonomie in schwierigen Zeiten.

Ohne eine Politik der drastischen Arbeitszeit- und Lohnverteilung ist in entwickelten Industrieländern künftig vermehrt mit langfristigen Arbeitslosigkeit grösseren Ausmasses zu rechnen. Länder wie Frankreich stecken bereits seit dem Anfang der Achtzigerjahre tief in dieser Problematik, wobei nicht alle Länder gleich reagieren. Frankreich ist ein Sonderfall insofern, als dort in der ersten Hälfte der Achtzigerjahre in aussergewöhnlichem Ausmass zuerst die Frühpensionierung vorangetrieben wurde. Als sich danach die Arbeitslosigkeit kaum veränderte und breite Schichten der Bevölkerung trotz guter schulischer Voraussetzungen zum Arbeitsmarkt keinen Zugang mehr fanden, wurde 1989 das garantierte Mindesteinkommen zur sozialen Eingliederung (RMI; revenu minimum d'insertion) eingeführt – also auf eine weitere Arbeitszeit- und Lohnverteilungspolitik verzichtet.

Inzwischen hat die breit angelegte Eingliederungspolitik auf lokaler Ebene unter anderem auch schon zu zahlreichen kleinen, mehr oder weniger 'produktiven', kollektiv geführten und am Gemeinwesen ausgerichteten Nischenbetrieben geführt. Dabei wird die notwendige Infrastruktur teilweise auch vom Staat finanziert und werden die Lohnkosten natürlich über das garantierte Mindesteinkommen subventioniert. Wie hoch dabei der Anteil der eigentlich selbstverwalteten Betriebe ist, kann zur Zeit noch nicht ermittelt werden, zumal die Auswertung dieses erst einmal für drei Jahre angesetzten nationalen Versuches noch nicht abgeschlossen ist.

Wenn damit zu rechnen ist, dass die selbstverwalteten Betriebe durch die Auslagerung der Produktion Auftrieb erhalten, dann dürften solche Betriebe auch zahlreicher werden, wenn bei grösser werdender langfristiger Arbeitslosigkeit breit angelegte Bemü-

hungen entstehen, die Betroffenen sozio-ökonomisch eingegliedert zu halten. Selbstverwaltungsbetriebe könnten also nicht nur vermehrt zum integrierten Bestandteil eines Strukturwandelkonzeptes werden – und dabei die Löhne drücken, sie könnten genauso integraler Teil eines durch die Arbeitslosigkeit bedingten sozio-ökonomischen Integrationskonzeptes werden. Dabei ist denkbar, dass diese Betriebe um diese Funktionen herum aufblühen, da sie aus den neuen sozialen Bewegungen heraus bereits auf die 'Integrationsarbeit' und eine ökonomische Tätigkeit mit bescheidenen Erwartungen vorbereitet sind.

In welche Richtung werden sich die selbstverwalteten Betriebe nun in der Schweiz entwickeln? Aufgrund der hier vorgelegten Untersuchungen und der aufgezeichneten realen und möglichen sozio-ökonomischen Entwicklungen ist in den nächsten Jahren grundsätzlich eher mit einem Wachstum als mit einer Abnahme solcher Betriebe zu rechnen. Dies hat folgende Gründe:

- Die meisten in den vergangenen Jahren gegründeten und hier untersuchten Betriebe sind im Zusammenhang mit den neuen sozialen Bewegungen entstanden. Sie haben an ökonomischer Stabilität eher gewonnen als verloren, obwohl sie im Vergleich zu ähnlichen traditionellen Betrieben oft noch unterkapitalisiert bleiben. Allein aufgrund dieser Substanz aber kann mit einer gewissen Kontinuität und einem gewissen 'Ausbau' gerechnet werden.
- Der anfangs der Neunzigerjahre erfolgte konjunkturelle Einbruch und der damit verbundene drastische Anstieg der auch die Mittelschicht tangierenden Arbeitslosigkeit dürften die Mittelschicht schnell und drastisch genug bedrängen, so dass auch die neuen sozialen Bewegungen an Kraft gewinnen werden. Zusammen dürfte sich der Konjunktur- und 'Bewegungseffekt' positiv auf die Gründung von Selbstverwaltungsbetrieben auswirken.
- *Auch in der Schweiz lagern herkömmliche Betriebe zahlreiche Tätigkeiten aus. Im entstandenen Vakuum ist Platz für Selbstverwaltungsbetriebe. Besonders bei den im Dienstleistungsbereich angesiedelten Selbstverwaltungen ist bereits ein gewisser Aufschwung festzustellen.*

Die Tendenz zur Deindustrialisierung, Auslandsinvestitionen und der damit verbundene Arbeitsplatz- und Kapitalexport werden nach wie vor auch für die Schweiz ihre Gültigkeit behalten. Die Bevölkerung, das lokale Finanz- und Produktionskapital und die Gemeinwesen dürften sich vorerst aber noch nicht wie in andern Ländern gezwungen sehen, die regionale ökonomische Substanz mit Hilfe einer in die Selbstverwaltung übergeführten industriellen Produktion zu wahren.

Obwohl die langfristige Arbeitslosigkeit stark ansteigen und die Arbeitseingliederungs- und Bildungsmassnahmen in der Folge auch zunehmen werden, ist noch nicht mit einem breit angelegten sozio-ökonomischen Eingliederungsprogramm zu rechnen, das durch ein garantiertes Mindesteinkommen abgesichert ist. Daher dürften die selbstverwalteten Betriebe aus dieser Richtung (noch?) keinen Impuls zu erwarten haben.

Die hier vorliegenden Untersuchungen, ohne Fremdfinanzierung als Lizentiatsarbeiten in den Jahren 1989-91 an der Universität Bern durchgeführt, sind ein erster Versuch, das Phänomen der aus den neuen sozialen Bewegungen heraus entstandenen selbstverwalteten Betriebe in der Schweiz zu durch-

leuchten. Dabei hat das Netzwerk für Selbstverwaltung fördernd mitgewirkt. Ohne diese Hilfe wären viele Untersuchungsschritte undenkbar gewesen. Untersucht werden Gründungsfrequenzen, Tätigkeitsfelder, Standorte, Kundenkreis, Beschäftigung, Betriebsgrösse, Betriebsalter, Lohnstrukturen, Arbeitsteilung, Entscheidungsstrukturen, Motivation, Mitgliederfluktuation, innerbetriebliche Veränderungen und Betriebserfolge und -misserfolge.

Aus: **Isidor Wallimann (Hrsg.): Selbstverwaltung.** Soziale Ökonomie in schwierigen Zeiten. Mit Beiträgen v. M. Hasler, F. Amstutz, S. Seiler, O. Mounier, B. Gailloz. Interview mit P. Bichsel. Editions Heuwinkel Carouge/Neu-Allschwil-Basel, 1996 (304 S., Fr. 58.-)

Annette Hug

Geschlechterverhältnisse in der Makroökonomie

Zum Jahresseminars des Swisswatchforums, 31. Oktober 1997, Bern.

Was ist Wirtschaft? Diese Frage, radikal gestellt, öffnet das Feld für ein neues Verständnis ökonomischer Zusammenhänge aus feministischer Perspektive. Der Blick richtet sich auf alle Lebensbereiche; die Frage ist, wo was produziert wird und zu welchen Bedingungen. So steht auch die Versorgungsökonomie zur Debatte, die unbezahlte Arbeit, die in Haushalten und informellen Gemeinwesen geleistet wird. Die Ökonomin *Mascha Madörin* (Aktion Finanzplatz Schweiz und Frauenrat für Aussenpolitik) wies in ihrem einleitenden Referat auf die zahlenmässige Bedeutung dieses nicht-monetären Wirtschaftssektors hin: Stundenmässig wird in der Versorgungsökonomie mehr gearbeitet als in der Erwerbsarbeit (Madörin 1996). Wenn der Arbeit, die in der Versorgungsökonomie geleistet wird, ein (kleiner) monetärer Wert zugemessen wird, ist sie nach gängigen Berechnungen des BSP dreimal grösser als das Volumen des Finanzsektors.

Auch innerhalb dessen, was traditionell als Wirtschaft gilt, werden verschiedene Bereiche unterschiedlich bewertet. Wie Mascha Madörin hielt auch die kanadische Ökonomin und Professorin an der York University, *Isabella Bakker*, in ihrem Referat fest, dass die Norm des Ökonomischen die Privatwirtschaft im Sinne der kapitalistischen Zentren ist. Der öffentliche Sektor gilt als abnormal, ebenso die Wirtschaft eines Entwicklungslandes, in dem zum Beispiel 10 Prozent der Arbeitskräfte im informellen Sektor tätig sind. Die herrschende Wirtschaftspolitik versucht, das Abnormale dem Normalen gleichzumachen.

Mascha Madörin argumentierte in Anlehnung an Michel Foucault, dass der Neoliberalismus ein utopisches Projekt ist, als ökonomische Lehre ein Gegenprojekt zum Sozialismus. Seine VerfechterInnen plädieren dafür, privatwirtschaftliche Strukturen und Denkweisen auf alle Lebensbereiche auszudehnen.

Die feministische Makroökonomie steht dem entgegen und hat doch eine Gemeinsamkeit mit der neoliberalen Theorie: Auch sie dehnt den Bereich dessen, was als Ökonomie verstanden wird, aus. Ihr Ziel ist aber nicht eine

universale, einfache Abstraktion, die das Wirtschaften als solches erklärt. Es geht ihr darum, eine „Ökonomie der Ökonomien" zu entwickeln, die Versorgungsökonomie in alle Überlegungen miteinzubeziehen und das Zusammenspiel der verschiedenen Ökonomien zu verstehen.

Isabella Bakker schlägt folgenden ‚Fahrplan' für die Entwicklung und Weiterentwicklung feministischer Wirtschaftstheorie vor:

a) Das Verständnis von Wirtschaft neu definieren; b) sich ein umfassendes Bild der wirtschaftlichen Aktivitäten machen; c) die Verbindung zwischen verschiedenen Ökonomien analysieren und d) Ansatzpunkte für die Veränderung der Geschlechterverhältnisse benennen.

Weil sie die Komplexität wirtschaftlicher Aktivitäten missachtet, ist die Nationalökonomie prognoseunfähig, sagte Madörin. *Shahra Razawi* vom ‚Research Institute for Social Development' der Vereinten Nationen legte dar, wie sich die Vereinfachung wirtschaftlichen Denkens auf der Projektebene auswirken kann. Im Versuch, frauenspezifische Ansätze in etablierten Institutionen zu verankern, sind verschiedene Instrumente erarbeitet worden, die es Planerinnen erlauben, Geschlechterbeziehungen in die Planung von Entwicklungsprojekten einzubeziehen. Razawi stellte das *Modell Collier* vor, das unter anderem von der Weltbank verwendet wird. Es baut auf der Grundüberlegung auf, dass Programme nicht effizient sind, wenn sie Geschlechterfragen ausser acht lassen. Denn soziale Barrieren hindern Frauen daran, flexibel auf ökonomische Anreize zu reagieren. Entwicklungshelferinnen müssen Frauen von diesen sozialen Barrieren befreien, damit sie aktiv und optimal am Marktgeschehen teilnehmen können.

Dieses Modell bezieht die Situation von Frauen in die Projektplanung mit ein, jedoch nicht unbedingt zu deren Vorteil. Zum Beispiel in ländlichen Gebieten Ugandas führt das Modell zu folgendem Resultat: Frauen sollen von ihren Aufgaben in der Subsistenzwirtschaft ‚befreit' werden, damit sie an der Produktion von Cash-Crops teilnehmen können. Razawi beschrieb die Evaluation eines Entwicklungsprogramms, das Frauen dazu bewegte, Vanille für den Export herzustellen, statt Gemüse für den Eigengebrauch zu pflanzen und Kleintiere zu züchten. Gemäss wirtschaftlichen Indikatoren war das Programm ein Erfolg, die monetären Einkommen stiegen. Gleichzeitig häuften sich die Meldungen über Mangel- und Fehlernährung. Das Programmdesign hatte nicht einkalkuliert, dass ein unstabiles Geldeinkommen den Wert der Nahrungssicherheit durch Eigenproduktion nicht wettmachen kann.

Isabella Bakker erarbeitet im Moment zusammen mit anderen Ökonominnen ein Frauenbudget, das im Rahmen des jährlichen Alternativen Staatsbudgets in Kanada veröffentlicht wird. Auch sie argumentiert mit dem Effizienzgewinn, der in Aussicht steht, wenn eine Analyse der Geschlechterverhältnisse in wirtschaftspolitische Entscheidungen einbezogen wird. Ihrer Ansicht nach müssen aber auch die Zielgrössen ökonomischen Handelns neu definiert werden, indem zum Beispiel das Bruttosozialprodukt durch einen neuen Index ersetzt wird, der Aspekte wie Gesundheit, Luftverschmutzung, Lohnunterschiede zwischen Männern und Frauen u.a. einbezieht.

Das Alternative Staatsbudget wird von einer breiten Koalition von Ge-

werkschaften, kirchlichen Gruppierungen und sozialen Bewegungen getragen. Es stellt der Regierungspolitik, die seit zirka zehn Jahren Spar- und Stabilitätspolitik betreibt, eine machbare Alternative gegenüber. Im Zentrum des Gegenvorschlags stehen eine Zinspolitik, die sich mehr an Arbeitslosenzahlen als an Inflationsraten orientiert, Investitionsprogramme, die Arbeitsplätze schaffen und Armut bekämpfen sollen und ein gerechtes Steuersystem. Die Alternative zum Staatsbudget hat in den vergangenen Jahren wiederkehrende Debatten ausgelöst und die öffentliche Diskussion der staatlichen Wirtschaftspolitik verändert.

Die Autorinnen des *Frauenbudgets* kritisieren in einem ersten Schritt die konventionelle Auffassung darüber, wie Wohlstand produziert wird. Daraufhin werden einzelne Programme auf ihre geschlechtsspezifischen Auswirkungen geprüft. Bakker (1994/96) betonte, dass es notwendig ist, sich nicht nur auf Gerechtigkeitsargumente zu verlassen, sondern aufzuzeigen, wie eine feministische Perspektive der Wirtschaft nützt. Kinderbetreuungsstätten zum Beispiel gelten im herkömmlichen Verständnis als soziale Kosten. Wenn aber mitgedacht wird, dass Kinder, zukünftige Arbeitskräfte, in einem nicht-monetären Bereich aufgezogen werden, dann sind Kinderbetreuungsstätten eine Investition, die es Frauen ermöglicht, zu wählen, wie sie ihre Arbeitskraft einsetzen wollen.

Sowohl das Frauenbudget als auch das Alternative Staatsbudget wollen die Wirtschaftspolitik demokratisieren. Eine Bewegung, die gegen das Projekt Neoliberalismus antritt, muss das Ökonomische entmystifizieren. Madörin sieht die Macht dieses Projekts unter anderem in seiner Selbstinszenierung, in seiner Kreation einer Herrschaftskultur, in der sich neue und alte Experten – und verschwindend wenige Expertinnen – die Definitionsmacht sichern. Wenn Frauen darauf bestehen, mitzureden, verweigern sie die Rolle, die für sie in der Inszenierung des Neoliberalismus vorgesehen ist.

In Kanada haben oppositionelle und feministische ÖkonomInnen Positionen an Universitäten inne, die ihnen eigenständige Forschungen erlauben; das Alternative Staatsbudget (inklusive Frauenbudget) wird weitgehend von den Gewerkschaften finanziert. Davon können feministische Ökonominnen in der Schweiz nur träumen. Madörin verortete die Entwicklung feministischer ökonomischer Ansätze hierzulande. Ein Potential zeigt sich in Frauenorganisationen, die sich zu Fragen der Bretton Woods Institutionen und zum EWR engagiert hatten.

Es besteht ein reges Interesse von Frauen an wirtschaftlichen Fragen, sei es in Entwicklungsorganisationen, in Gewerkschaften oder kirchlichen Gruppierungen. Um aber – nach Bakkers Fahrplan – von der Neudefinition des Ökonomischen zu einem umfassenden Bild des Wirtschaftens zu gelangen, fehlen die Ressourcen. Madörin stellte fest, dass die Situation an den Universitäten in der Schweiz trostlos ist und dass Forschungsgelder an feministischen ökonomischen Ansätzen vorbeigeleitet werden. Es fehlen Ressourcen und die Kontroversen, die nötig sind, damit Frauen mit ihren Konzeptionen die Wirklichkeit neu erforschen, ein komplexeres Bild der Verhältnisse zeichnen und darauf aufbauend wirtschaftspolitische Entscheidungen beeinflussen können.

Dass sich viele Frauen damit nicht abfinden wollen und sich trotz helvetischen Beschränkungen ökonomischen

Fragen widmen, zeigte die Swisswatch-Tagung aufs Neue. Alle Referate und das anschliessende Podiumsgespräch sind auf sehr grosses Interesse gestossen, am Vormittag platzte der Veranstaltungsraum fast aus den Nähten. Isabella Bakker berichtete, dass die Zusammenarbeit über Landesgrenzen hinweg den kanadischen Frauen Auftrieb gegeben hat. Die Kritik am Staatsbudget baut auf den Erfahrungen auf, die Frauen aus strukturangepassten Ländern des Südens in der Auseinandersetzung um IWF-Vorgaben gemacht haben. Die motivierende Wirkung eines internationalen Erfahrungsaustausches war auch im Berner Tagungslokal zu spüren. Mit dem Reader zur Tagung „Geschlechterverhältnisse in der Makroökonomie" stellt der „Frauenrat zur Aussenpolitik" (FrAu) über die Veranstaltung hinaus eine Publikation zu Verfügung, die Einblick in eine – vorwiegend englischsprachige – Debatte gewährt, die in der Schweiz noch viel zu wenig Beachtung gefunden hat.

Literatur:

Bakker, Isabella (Hrsg.), 1994: The Strategic Silence. Gender and Economic Policy.

Dies., (Hrsg.), 1996: Rethinking Restructuring. Gender and Change in Canada.

Canadian Center for Policy Alternatives and Choices (Hrsg.), 1997: Alternative Budget Papers 1997. Ottawa.

Frauenrat für Aussenpolitik (Hrsg.), 1997: Geschlechterverhältnisse in der Makroökonomie. Dokumentation zum Jahresseminar des Swisswatchforums 1997. Basel. (Artikel in Deutsch und Englisch) Der Reader kann für Fr. 23.- bestellt werden bei: Frauenrat für Aussenpolitik, Postfach 1404, 4001 Basel.

Hug, Annette, 1997: Ein Budget für die Zukunft. Interview mit Isabella Bakker. WoZ vom 13. Nov. 1997. Zürich.

Madörin, Mascha, 1995: Feministische Wirtschaftspolitik – weg von den politischen und theoretischen Trampelpfaden. In: Olympe, Heft 2. Zürich.

Dies., 1996: Der kleine Unterschied – in Milliarden Franken. In: Widerspruch, Heft 31 (2. Aufl.). Zürich.

Dies., 1997: Auswirkungen von Deregulierungsmassnahmen auf Frauen. In: Olympe, Heft 7. Zürich.

Heiko Glawe/Markus Schröder: Der Euro und die „Idee Europa". Katalysator oder Sprengsatz für die europäische Integration? VSA Hamburg, 1997 (141 S., DM 19.80)

Was an der Debatte um die Währungsunion erstaunt, ist vor allem ihre Verspätung. Einige kritische Beobachter sahen zwar schon früh, dass mit dem Maastrichter Vertrag der „Weg in die Deflationsgesellschaft" festgeschrieben worden war. Unter diesem Titel kritisierte Werner Polster in der *Kommune* Nr. 1/1992 den mit der WWU „angestrebten Idealzustand monetärer Stabilität" und warnte davor, dass die Umsetzung der Konvergenzkriterien eine „scharfe Austeritätspolitik mit beträchtlich höheren Arbeitslosenzahlen" zur Folge haben wird. Doch dann kam, als Reaktion auf den Protest von links und rechts gegen 'Maastricht', wieder der Schulterschluss der „Europäer" zustande. Es brauchte die Erfahrung der fünfjährigen Rezession, die

zweifellos durch die im Hinblick auf die Erfüllung der Konvergenzkriterien betriebenen nationalen Politiken massiv verschärft worden ist, bis die Linke verstand, was Wirtschaftspolitik unter 'Maastrichter' Bedingungen konkret bedeutet. Und das war nicht der unvermeidbare „Eintrittspreis", wie das immer noch einige sehen; vielmehr sollte spätestens mit der Verabschiedung des „Stabilitätspaktes" und dem Ergebnis der Amsterdamer Regierungskonferenz im Juni 1997 klar geworden sein, dass es sich hier um die endgültige Durchsetzung eines bestimmten Regulationsmodus handelt.

Die kritische wissenschaftliche Debatte war sich eigentlich von Anfang an darüber weitgehend einig, dass unter den gegebenen Bedingungen und angesichts ihrer spezifischen Konstruktionsweise die Realisierung der Währungsunion unter dem Gesichtspunkt der Beschäftigung, der Verteilungsgerechtigkeit und der Erhaltung und Weiterentwicklung sozialer Standards nachteilig, sogar verheerend ist, gerade wenn man im Interesse eines zu entwickelnden „sozialen Europa" urteilt. Diese Argumente der linken Kritik an der Währungsunion und am Euro noch einmal in der ganzen Breite der Debatte zusammengefasst zu haben, ist das Verdienst einer Studie, die im Auftrag der AG Wirtschaft und Soziales der Grünen im Europäischen Parlament erstellt worden ist. Die Autoren, Heiko Glawe und Markus Schröder, sind Mitarbeiter der Forschungsgruppe Europäische Gemeinschaften (FEG) am Institut für Politikwissenschaft der Universität Marburg, einem der Foci der kritischen Europadebatte in Deutschland.

Im ersten Teil legen Glawe/Schröder einen kurzen Abriss der europapolitischen Debatten in Frankreich, Italien und Schweden unter besonderer Berücksichtigung der währungspolitischen Aspekte und der Maastrichter Verhandlungen vor. Sie belegen, wie sogar im EU-Kernland Frankreich das Vertrauen in die europäische Integration als Garantin für friedliches Zusammenleben und steigenden Wohlstand bröckelt. Der eingeschlagene Integrationsweg wird zunehmend als Instrument zur *Blockade* der politischen Regulierung von (globalisierten) Märkten angesehen.

Sehr systematisch ist der zweite Teil zu den *„Risiken der Europäischen Währungsunion"*. Knapp und gut nachvollziehbar werden die Basisargumente bezüglich der in einer Währungsunion zu erwartenden Wirtschaftspolitiken referiert. Zentral ist die Bedeutung der Lohn- und Preispolitik, die bei Wegfall des Wechselkursmechanismus betrieben werden muss. In der Formulierung des deutschen Bundesministeriums für Wirtschaft: „Eine verstärkte Flexibilität ist sowohl hinsichtlich des Lohnniveaus der wirtschaftlich schwächeren Regionen in der EG als auch hinsichtlich leistungsbezogener Lohndifferenzierung in den Unternehmen erforderlich, um die weggefallene Flexibilität der Wechselkurse auszugleichen." (S. 58) Alternativen zur Lohn-Preis-Flexibilität (massiv verstärkte Transferzahlungen oder eine deutlich erhöhte Mobilität der Arbeitskräfte innerhalb der EU) sind zu gering entwikkelt, um eine solche Wirkung zu entfalten. Eine ausreichende Ausweitung der Transferzahlungen wird von den Autoren nicht nur als politisch unwahrscheinlich eingestuft, sondern auch, da sie zwar zu einer relativen Nivellierung des Lebensstandards, aber kaum zu realwirtschaftlicher Konvergenz führen würde, als nicht adäquat betrachtet.

Die sozial- und tarifpolitischen Konsequenzen ergeben sich aus diesem *Zwang zur Divergenz unter den Bedingungen monetärer Konvergenz.* Wenn nicht Angleichung, sondern Unterschiedlichkeit zum Prinzip erhoben wird, dann ist ein sozialpolitischer Harmonisierungsprozess und ein Konzept solidarischer Lohnpolitik über die nationalen Grenzen hinweg kaum durchzusetzen. Für die Gewerkschaften ergibt sich daraus das Dilemma, einerseits eine Europäisierung der Tarifpolitik anstreben zu müssen, um zu verhindern, dass die Lohn- und Arbeitsbedingungen zur alleinigen Manövriermasse der Unternehmen im Konkurrenzkampf werden; andererseits bedarf es gerade einer Regionalisierung (wenn nicht Verbetrieblichung) der Tarifpolitik, wenn sie nicht in Widerspruch zu den ökonomischen Rahmenbedingungen geraten soll. Die Autoren wie auch Klaus Busch (1993, 1994) in seiner Expertise für die Hans-Böckler-Stiftung kommen zum Schluss, dass die Wirkungsweise der Währungsunion die Macht der Gewerkschaften in Europa schwächen werde. Zu befürchten ist, „dass - vermittelt über den Wettbewerbsmechanismus - die schwächsten Glieder im europäischen Gewerkschaftskonvoi (...) letztlich die Tarifpolitik in Europa bestimmen werden" (S. 65). Wenn die abhängig Beschäftigten in den Zentrumsländern nicht Beschäftigungsverluste hinnehmen wollen, werden sie eine Reduktion der Lohn- und Sozialstandards akzeptieren müssen. Aufgrund ihrer spezifischen Konstruktionsweise ist die WWU eher „Sprengsatz" als „Katalysator für den Integrationsprozess".

Im dritten Teil *„Primat monetärer Stabilität oder Vorrang der Politik?"* resümieren die Autoren die Erklärung, warum und wie sich eine „Synthese aus angelsächsischem Markt und deutschem Geldradikalismus" in Maastricht gegen einen „Etatismus à la française" durchgesetzt hat. Der Verzicht auf eine europäische „Wirtschaftsregierung", auf alle nicht-geldwertstabilitätsorientierten Politikelemente, war eine der Vorbedingungen der deutschen Regierung und Bundesbank für die Zustimmung zur Währungsunion. Angesichts dieser Tatsache nehmen sich die Vorschläge zur sozial- und umweltpolitischen Neuausrichtung der Konvergenzkriterien etwas hilflos aus. Dennoch ist es wichtig, darauf hinzuweisen, dass es sehr wohl Regulierungsalternativen zum „Maastricht-Monetarismus" gäbe (vgl. Dräger 1996), auch solche, die nicht einen utopischen bundesstaatlichen „Quantensprung" der EU voraussetzen. Dabei muss es vor allem darum gehen, die „Geldsphäre" (wieder) realwirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Zielen unterzuordnen. Dieses Problem sprengt in seiner Tragweite den europäischen Rahmen; es gibt aber nicht nur auf nationalstaatlicher und globaler Ebene, sondern auch auf europäischer Ebene sinnvolle und realisierbare Massnahmen, die dazu beitragen könnten. Glawe/Schröder diskutieren diesbezüglich vor allem die Einrichtung eines neuen, „symmetrischen" Europäischen Währungssystems, verbunden mit Massnahmen gegen die (weltweite) Devisenspekulation. Ein solches Währungssystem müsste vor allem eine ausgeglichenere Verteilung der Interventionslasten gewährleisten. Zentral wäre auch die enge Abstimmung der Geldpolitik der Notenbanken. „Wechselkursanpassungen müssten entsprechend den unterschiedlichen Produktivitäts- und Preisentwicklungen rechtzeitig erfolgen, bevor kumulierte realwirtschaftliche Divergen-

zen zu spekulativen Kapitalbewegungen führen" (S. 88).

Konsequenzen für die gegenwärtige Debatte ziehen im Vorwort Frieder Otto Wolf und Klaus Dräger. Unter dem Titel „Mit dem Euro gegen den Neoliberalismus?" antworten sie sehr grundlegend auf die „Durchhalteparole" von Mehrheitssozialdemokraten und Bündnisgrünen. Sie halten denjenigen, die wie D. Cohn-Bendit und Joschka Fischer auf einen „von der Währungsunion ausgelösten politischen Integrationszwang Europas" (Die Zeit, 21.3.1997) setzen, vor, dass sie die Lektion aus dem Europäischen Binnenmarkt-Projekt nicht gelernt hätten: „Gegen Ende der 80er Jahre hiess es ebenfalls, die 'Logik des Binnenmarktes' werde umwelt-, sozial- und beschäftigungspolitische Mindeststandards und Regelungen erzwingen. Diese sind nicht vereinbart worden oder wie im Sozialprotokoll so rudimentär geblieben, dass von einer ernsthaften Schutzfunktion keine Rede sein kann." (S. 15). Sie plädieren für eine Verschiebung der Währungsunion, um die Chancen einer ökologisch-solidarischen Reform als notwendige Voraussetzung für ihre Realisierung zu verbessern. Denn, wie es Glawe/Schröder formulieren, „wenn die Währungsunion (pünktlich) startet, sind wieder einmal Fakten geschaffen, die wesentlich schwieriger zu korrigieren sein werden, als es die linksliberalen Befürworter des Projekts vermuten" (S. 119).

Vielen Linken und Gewerkschaftern hat die Rezession der letzten Jahre klargemacht, wie Wirtschaftsentwicklung und Politik unter den Bedingungen des „Stabilitätspaktes" konkret aussieht. Die Realisierung der WWU unter den Bedingungen des Maastrichter Vertrages blockiert Wachstum und Beschäftigung strukturell. Mit Blair in Grossbritannien und Jospin in Frankreich (und der Perspektive einer rot-grünen deutschen Bundesregierung) sehen einige nun die Chancen einer europäischen Beschäftigungspolitik wachsen. Es kann aber für die Linke nicht nur darum gehen, ergänzend eine europäische Beschäftigungspolitik mit Umschulungsprogrammen für Arbeitslose, Empfehlungen des Ministerrates zur Verbesserung des Wirkens der Arbeitsmärkte und im besten Fall einige, ökologisch oft unsinnige Infrastrukturprogramme etc. durchzusetzen. Es muss vielmehr darum gehen, *den wirtschaftspolitischen Extremismus des WWU-Konzeptes zu korrigieren.* Das bedeutet, Wirtschaftspolitik in Europa, und das heisst auf europäischer und auf (koordinierter) nationaler Ebene, wieder auf Wachstum und Beschäftigung auszurichten, das Ziel der Geldwertstabilität zu relativieren. Der Vorschlag in der gemeinsamen Wahlplattform der Sozialisten und Grünen in Frankreich einer *Ersetzung* des Stabilitätspaktes durch einen *Pakt für Solidarität und nachhaltige Entwicklung* geht in die richtige Richtung. Er versteht Beschäftigungspolitik als integriertes Konzept aus Wirtschafts, Industrie-, Struktur-, Finanz-, Haushalts- und Arbeitsmarktpolitik, ausgerichtet auf den Übergang zu einem nachhaltigen Entwicklungsmodell. Voraussetzung dafür wäre die Einrichtung einer demokratisch kontrollierbaren politischen Steuerungsinstanz mit Weisungsbefugnis gegenüber der zukünftigen europäischen Zentralbank. Was die Durchsetzungschancen eines solchen Konzeptes angeht, ist allerdings grösste Skepsis angebracht. Einerseits hat ja auch schon eine sozialistische französische Regierung die Bedingungen der WWU, den Maastrichter Vertrag, ausgehandelt. Es gibt

keine Hinweise darauf, dass sie damals in diesen Verhandlungen nicht den möglichen Spielraum gegenüber den „monetaristischen Ländern" ausgeschöpft hätte, zumal sie damals die Unterstützung der (starken) Delors-Kommission hatte. Auch die jetzige Labour-Regierung steht kaum als Bündnispartnerin für einen grundlegenden Umbau des Konzeptes der Währungsunion zur Verfügung, - sie zeichnet ja für die Erhöhung der Unabhängigkeit der britischen Zentralbank verantwortlich! Zudem ist nicht zu erwarten, dass die (gegebenenfalls rot-grüne) deutsche Bundesregierung von den damals geäusserten „deutschen Bedingungen" für eine WWU abgehen wird; sie wird - angesichts des ideologisch überhöhten Wertes der Geldwertstabilität in Wirtschaft und Bevölkerung - auch *kaum davon abgehen können.*

Für eine wirkliche Kurskorrektur müsste das Verhandlungspaket von Maastricht wieder aufgeschnürt und neu verhandelt werden; ob dann eine Einigung auf eine Währungsunion zu anderen Konditionen zustandekäme, ist unwahrscheinlich. Vermutlich dürfte erst eine Neustrukturierung der „politischen Arena" EU andere politische Ergebnisse produzieren. Wenn die WWU kommt, und das ist absehbar, dann zu den in Maastricht festgelegten Bedingungen. Ihre *negativen* Auswirkungen auf Wachstum, Beschäftigung und Wohlstandsverteilung werden weit über den EU-Raum hinausreichen. Wohl den Ländern, die dann noch über politisch-demokratische Gestaltungsmöglichkeiten in der Wirtschafts- und vor allem in der Geldpolitik verfügen und sich diese nicht nehmenlassen.

Patrick Ziltener

Literatur

Busch, Klaus, 1996: Spill-Over-Dynamik und Spill-Back-Potential in der Europäischen Währungsintegration - ein Beitrag zur Integrationstheorie. In: M. Jachtenfuchs/B. Kohler-Koch (Hg.), Europäische Integration. Opladen.

Dräger, Klaus, 1996: Spaltet die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion die EU? Alternativen zum 'Maastricht'-Monetarismus und seiner Austeritätspolitik. In: Widerspruch Heft 31, Zürich.

Hickel, Rudolf, et al., 1997: Der Stabilitätspakt wirkt katastrophal auf die Beschäftigung. Plädoyers für die Koordinierung einer neuen Wirtschafts- und Finanzpolitik in der EU. Frankfurter Rundschau v. 19. 11., Frankfurt/M.

KAIROS Europa (1996): The European Monetary Union in the Context of Mass Unemployment, Social Degradation, and the Globalization of Capital Markets. Sowie die Schrift „Die Europäische Währungsunion - ein Beitrag zur sozialen Spannung?", beide über KAIROS Europa, Hegenichstr. 22, D-69124 Heidelberg zu beziehen.

Thomasberger, Claus (Hg.), 1995: Europäische Geldpolitik zwischen Marktzwängen und neuen institutionellen Regelungen. Zur politischen Ökonomie der europäischen Währungsintegration. Marburg.

Wolfgang Fritz Haug: Philosophieren mit Brecht und Gramsci. Argument, Berlin/Hamburg, 1996 (168 S., DM 29.-)

Unter diesem Titel nähert sich *Wolfgang Fritz Haug*, Herausgeber der Zeitschrift *Argument*, der deutschen Ausgabe von Gramscis *Gefängnisheften* und des *Historisch-Kritischen Wörterbuchs des Marxismus* (HKWM), dem Werk des deutschen Stückeschreibers und des italienischen Philosophen und Mitbegründers des PCI. Obwohl Zeitgenossen, der Generation derjenigen entstammend, die, im letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts geboren, als junge Männer den ersten Weltkrieg, die Oktoberrevolution, später die Kämpfe und Niederlagen der Arbeiterbewegung, den Aufstieg und die Machtübernahme der Faschismen erfahren haben, begegneten sie sich nie, weder persönlich noch im Werk. Doch ihr theoretisches Werk blieb nicht nur ihnen wechselseitig unbekannt, es blieb es weitgehend auch ihren Zeitgenossen.

Gramsci war zwar als Parteiführer bekannt, doch wurde er als Eingekerkerter im faschistischen Italien vor allem als politischer Märtyrer, nicht als Theoretiker wahrgenommen. Seine Wirkung als Philosoph beginnt am Ende einer langen Editionsgeschichte in einer völlig neuen geschichtlichen Situation.

Bei Brecht scheint die Lage zunächst hoffnungsvoller. Aber Haug zeigt, dass der Isolation Gramscis im Kerker bis zu seinem Tod 1937 durchaus die politische Isolierung Brechts im Exil entsprach, die ihm die Rolle eines Lao Tse aufdrängte, der sein theoretisches Denken als literarischen Kassiber hinterliess: „ ... ein Einstein also, der als Menuhin seine Triumphe feierte", wie Haug ein Wort Hermann Klenners zitiert (S. 103).

In gewissem Sinne entsprach die Situation Brechts derjenigen Gramscis, und es ist daher keineswegs abwegig, in Brechts *Arbeitsjournal* eine Parallele zu den Gefängnisheften zu sehen. Bis heute, und zwar im „Marxismus-Leninismus" wie im „westlichen Marxismus" eines Perry Anderson, wird Brecht fast ausschliesslich als Stückeschreiber rezipiert, hinter dem der Theoretiker verschwindet. Diese Auffassung wird in der Konzeption der *Werkausgaben* kanonisiert, wenn dort das theoretische Werk, weil es nur als Anhängsel des literarischen Werks aufgefasst ist, nach dem „Resteprinzip" der Schriften zerstreut wird (S.13). Haugs Buch ist nicht zuletzt der im Artikel *„Brecht-Linie"* des HKWM (Bd. II, Sp. 343) angekündigte Versuch, Brecht „aus der Diaspora im Gesamtwerk" zu befreien.

Es geht in Haugs Buch um die Rekonstruktion eines Diskurses, der geschichtlich von aussen und von innen blockiert war. Rekonstruktion heisst hier nicht historistische Rekonstruktion, sondern Frage nach der geschichtlichen Produktivität und Übersetzbarkeit des Denkens von Brecht und Gramsci. Unter diesen Prämissen ist die Erforschung der theoretischen Praxis des Marxismus in der Vergangenheit zugleich die Erprobung seines Denkens für die Zukunft. Darin liegt nicht nur der produktive Ansatz von Haugs Buch, sondern auch eine der Stärken des *Historisch-Kritischen Wörterbuchs des Marxismus*, das in seinen besten Artikeln diese Arbeit der Rekonstruktion einer Denktradition leistet, die in der Katastrophengeschichte des 20. Jahrhunderts unterdrückt oder durch einen marxistischen Offizialdiskurs blockiert war.

Haug führt seine Dialoge mit Gramsci und Brecht, in die sich nicht

unbedingt erwartete Stimmen wie die von Ludwig Wittgenstein, Günther Anders und Ernst Tugendhat mischen, entlang einiger zentraler Themen: Philosophie von unten, Objektivismuskritik und Philosophie der Praxis, Erkenntnistheorie und Sprachkritik, Moralphilosophie, Ethik, Politik und Hegemonietheorie. Zwei seien kurz vorgestellt.

Philosophie von unten. Fruchtbar erweist sich *„Philosophieren mit Brecht und Gramsci"* von Anfang an deshalb, weil deren Ausgangspunkt sehr ähnlich ist. „Ohne voneinander zu wissen, bilden beide etwa gleichzeitig einen Philosophiebegriff 'von unten'" (S. 16). Gramsci geht bei der Bestimmung der Philosophie von der Umgangssprache der einfachen Leute aus (Haug, S. 17, GH 11, §12, S. 1379); ebenso Brecht, wenn er danach fragt, was das Volk meint, wenn es einem eine philosophische Haltung zuschreibt (Haug, S. 16; GW 15, S. 253) oder wenn er sich für Elemente spontaner Philosophie, etwa in der Befragung und Verwendung volkstümlicher Sprichworte, interessiert. Beide bleiben dabei nicht stehen. Gramsci siedelt die Philosophie selbst in der alltäglichen Praxis an mit seinem berühmt gewordenen Satz, dass „alle Menschen ... Philosophen (sind), indem sie Elemente spontaner Philosophie teils aus der Sprache selbst übernehmen, teils in ihrem Alltagsverstand ausbilden" (GH 11, §12, S. 1375). Die Aussage nimmt, Haug weist darauf hin, diskurstheoretische Erkenntnis vorweg. Diese wird ergänzt durch subjekttheoretische, wenn bei Gramsci „heteronome Hörigkeiten und Zugehörigkeiten" das bizarr zusammengesetzte Individuum hinterrücks kollektivieren (S. 19).

Auch Brecht begreift das Individuum als dezentriert, „als Dividuum" (ebd.; vgl. auch GBA 26, S. 682). „In 'Mann ist Mann' hat Brecht die These von der Substanzlosigkeit des Individuums ausprobiert" (S. 20); doch wird er später keineswegs Adornos These von der Auflösung des Individuums vertreten, sondern in seinen nicht veröffentlichten Notizen „nach Begriffen für das 'neue Gebilde' des nachmetaphysischen menschlichen Selbstverständnisses" (S. 21) tasten.

Die Bestimmungen, nach denen Brecht sucht, finden sich auf verblüffende Weise in Ernst Blochs *Tübinger Einleitung in die Philosophie* formuliert. Blochs „Ich bin. Aber ich habe mich nicht. Darum werden wir erst." könnte ein Aphorismus für die Gramscische Anordnung des bizarr zusammengesetzten Individuums sein, das sich aus der Inkohärenz herausarbeitet, indem es in geschichtlicher Praxis mit andern „die eigene Weltauffassung bewusst und kritisch" (GH 11, §12, S. 1375, Haug, S. 21) ausarbeitet. Unter dieser Kohärenzpraxis als Prozess der Selbsterkenntnis, die er in allen Individuen am Werk sieht, versteht Gramsci die eigentliche philosophische Haltung, bei der es darum gehe, „an der Hervorbringung der Weltgeschichte aktiv teilzunehmen" (S. 22). Als Kohärenzpraxis bei Brecht liesse sich der Erkenntnisprozess bezeichnen, den seine Stücke in Gang setzen.

Die Kohärenzpraxis fasst Gramsci nicht nur individuell, sondern als ein Vergesellschaftungshandeln: „Dass eine Masse von Menschen dahin gebracht wird, die reale Gegenwart kohärent und auf einheitliche Weise zu denken, ist eine 'philosophische' Tatsache, die viel wichtiger und 'origineller' ist, als wenn ein philosophisches 'Genie' eine neue Wahrheit entdeckt, die Erbhof kleiner Intellektuellengruppen bleibt." (GH 11, §12, Anm. IV) Die

Ausstrahlung dieser Kohärenzpraxis „zielt auf Hegemonie, d.h. politisch-ethischen führenden Einfluss als Gestaltungskonsens." (S. 29) In der Diskussion um das Verhältnis von Moral, Politik und Vergesellschaftung wird deutlich, wie Brecht an Gramscis Hegemonietheorie anschliesst.

Praktische Philosophie, Politik, Vergesellschaftung. Brecht hat den Ruf des Immoralisten. Doch seine Kritik an der Moralphilosophie richtet sich nicht gegen Moral, „sondern gegen die Richtlinienillusion von Moral" (S. 121). In der Notiz *Geringe Erfolge des Kung Futse* unterscheidet Brecht zwischen moralischen Urteilen und moralischen Haltungen (vgl. GBA 21, S. 369, Haug, S. 122). Im Begriff der Haltung ist Ethik als elementare Dimension von Politik gefasst. Nebenbei zeigt Haug, dass es Brecht auch literaturästhetisch darum geht, „Haltungen in Sätze" zu bringen und „durch die Sätze die Haltungen durchscheinen" zu lassen (GW 12, S. 458, Haug, S. 122). Diese Verbindung von Ethik und Politik zeigt sich in Brechts Kritik der Bündnispolitik als taktisches Täuschen, Neutralisieren und in der Forderung nach „Hervorkehrung der ethischen Seite der Bewegung" (GBA 21, S. 577, Haug, S. 122).

Fast zur selben Zeit kritisiert Gramsci im Gefängnis den „Jesuitismus der Revolution" (Marx) eines Nicolai Bucharin, der in der Moral nur das Mittel zum Zweck sieht, und nimmt dagegen Benedetto Croces Formel von der „politisch-ethischen Geschichte" auf. Die bei Croce als idealistische Abgrenzung zur politisch-ökonomischen Geschichte verstandene Formel verbindet Gramsci mit seiner Hegemonietheorie. Im Unterschied zu Croce fasst Gramsci die Durchsetzung eines politisch-ethischen Systems nicht rein ideell, sondern als politischen Kampf gegensätzlicher Kräfte in der Geschichte. Den Moment seiner Herausbildung benennt Gramsci mit dem aristotelischen Begriff der „Katharsis". Sie bedeutet „den Übergang von der ökonomisch-korporatistischen Phase einer gesellschaftlichen Klasse oder Gruppe zur Phase des Ringens um Hegemonie" und ist „ein Bildungselement geschichtlicher Handlungsfähigkeit" (S. 126).

"Der Gramscischen Katharsis entspricht bei Brecht die Kritik" (ebd.). Mit dem Wechsel vom Katharsisbegriff zum Begriff der Kritik, der bei Brecht auch einen ethischen Status hat, ist „ein Wechsel vom Passiv zum Aktiv" verbunden, „der die gesamte Anlage verändert." Moral spielt bei Brecht wiederum eine Rolle als Haltung und als konkrete Frage der Praxis, als „Gerechtigkeit für wen?", als eingreifendes Denken, das kritisiert und sich kritisieren lässt (S. 141, 145); bei Gramsci als Frage der subjektiven Handlungsfähigkeit des Individuums und als Frage politischer Handlungsfähigkeit. Hegemonie verwirklicht sich erst durch die Herstellung politischer, kollektiver Handlungsfähigkeit (S. 143). Individuelles und Kollektives verweisen aufeinander und sind zusammengeschlossen in der Kohärenzpraxis. Damit ist, gegen kommunitaristische Begründungen der Moral und mit Ernst Tugendhat das Individuum in die moralische Praxis eingebaut, aber nicht als „privatistisch sich verhaltendes Individuum", sondern nach Brecht als kluges „Für mich", das gegen ein dummes „Für mich" steht, weil es mit dem „Für andere" strukturell verschränkt ist und sich daher von einem substanzlosen „Für andere" abgrenzt (S. 141). Beide, Brecht und Gramsci, verstehen die

Ethik von der Politik, die Politik von der Vergesellschaftung her." (S. 152) Sie kommen daher nicht zu einer Moralphilosophie, sondern zu einer „Philosophie der Moral vom Standpunkt der Praxis" aus.

Gerade dieser letzte Aspekt zeigt, wie Haug mit dem hypothetischen Ferndialog zwischen Gramsci und Brecht in die aktuelle Debatte um politische, kommunitaristische Moral eingreift. Haugs Studie regt aber auch dazu an, Einsichten wie die von der Strukturidentität politisch-ethischer Katharsis bei Gramsci und Kritik bei Brecht, die in ihren Folgen, etwa für die Ästhetikdiskussion, noch kaum ausgeschöpft sind, weiterzudenken. Der Nutzen von Haugs Buch ist ein doppelter: man lernt nicht nur einen noch viel zu wenig bekannten Gramsci kennen und mit dem Fragmentarischen seines Werkes über es hinaus in die Zukunft denken, man begegnet auch einem bisher wenig bekannten Brecht, dem Brecht als marxistischem Philosophen. Dieser philosophische Zugang Haugs eröffnet auch neue Sichtweisen auf Brechts literarisches Werk. Dem Brecht-Jahr 1998 wäre zu wünschen, dass dieser philosophische Diskurs über Brecht aufgenommen und weitergeführt wird.

Ruedi Graf

Literatur

Brecht, Bertolt, 1967: Gesammelte Werke. 20 Bände. Frankfurt/M. (zit. als GW).

Brecht, Bertolt, 1991ff.: Grosse kommentierte Berliner Ausgabe. Berlin, Weimar, Frankfurt/M. (zit. als GBA).

Gramsci, Antonio, 1994: Gefängnishefte, Bd. 6: Philosophie der Praxis, hrsg. von W.F. Haug, unter Mitwirkung von K. Bochmann, P. Jehle und G. Kuck. Argument, Hamburg (zit. als GH).

Historisch-Kritisches Wörterbuch des Marxismus, 1995/1997: Bd. 2 und 3, hrsg. von W.F. Haug. Argument, Berlin/Hamburg 1995 und 1997 (zit. als HKWM).

Wir wollen eine Mutterschaftsversicherung, die diesen Namen verdient: 14 Wochen sind nur das absolute Minimum. Wir setzen uns ein für 16 Wochen Mutterschaftsurlaub bei vollständiger Lohnfortzahlung.

VPOD/SSP

Die starke Gewerkschaft im öffentlichen Dienst

Mehr Informationen bei:
VPOD Verbandssekretariat, Postfach, 8030 Zürich
Tel. 01/266 52 52; Fax 01/266 52 53

Zeitschrift Marxistische Erneuerung

8. Jahrgang, Nr. 32, Dezember 1997, 264 Seiten

Europäische Union und die Linke
Huffschmid – Risse im Gebälk / Bieling / Steinhilber – EU-Integrationstheorien / Boccara – Frankreich: Währungspolitische Alternative / Carchedi – Italienische Linke und EU / Cezanne – England: New Labour / Michelsen – Schweden: Wohlfahrtsstaat gerettet? / Klöer – Modernisierung auf Finnisch / Fuhrmann – Transformation des dänischen Wohlfahrtsstaats / Holst – Norwegen: Modernisieren in Spendierhosen?

Globalisierung und Dritte Welt
Neelsen – Globalisierung und Entwicklung / Pont – Volkspartizipation. Hiedl – Kuba-Analysen / Schmidt-Soltau – Entwicklungshilfekritik

Und:
Düe – Automobilindustrie / Helms – Cyberspace / Domke – Klassentheorie und Geschlechterverhältnis / Braun – Reproduktionsarbeit / Schweicher – Postmoderne

Berichte: Deutsch-Französischer Dialog / Actuel Marx / Marx-Engels-Stiftung / Lukács-Veröffentlichungen

Rezensionen / Annotationen
Gesellschaftstheorie, Geschichte u.a

Einzelpreis: 18,- DM (zzgl. Versand); im Abo: 54,- (4 Hefte/Jahr incl.Vers). Probeheft: 10,- incl. Vers. Bezug: über den Buchhandel (ISSN 0940-0648) oder direkt: **Z-Vertrieb**, Kölner Str. 66, 60327 Frankfurt/M., Tel. 069 / 7392934

STUDIENBIBLIOTHEK

ZUR GESCHICHTE
DER ARBEITERINNEN - BEWEGUNG

FREIHANDAUFSTELLUNG . AUSLEIHE . LESE & ARBEITSPLÄTZE . KOPIERMöGLICHKEIT . KOMPETENTE BERATUNG

40.000 BÜCHER: ARBEITERBEWEGUNG . SOZIALE BEWEGUNGEN . FRAUENBEWEGUNG . POLITIK . GESELLESCHAFT . WIRT- ARBEITERKULTUR . PHILOSOPHIE . LÄNDER

1.500 ZEITUNGS- UND ZEITSCHRIFTENTITEL: DARUNTER ZAHLREICHE TAGES- UND WOCHENZEITUNGEN . ZEITSCHRIFTEN

SPEZIALSAMMELGEBIETE

PERSONEN- UND ORGANISATIONS-ARCHIVALIEN

QUELLENSTR.25
IM INNENHOF
8005 ZÜRICH

ÖFFNUNGSZEITEN:
DIENSTAG - FREITAG 9.00 - 13.00 & 14.00 - 18.00 UHR
DONNERSTAG BIS 19.30 UHR
MONTAG NACH VEREINBARUNG

Weitere Literaturhinweise

Agnoli, Johannes, 1995: Der Staat des Kapitals. Ça ira-Verlag, Freiburg.

Altvater, Elmar et al. (Hg.), 1997: Vernetzt und Verstrickt. Nicht-Regierungs-Organisationen als gesellschaftliche Produktivkraft. Westfälisches Dampfboot, Münster.

Altvater, Elmar/Haug, Frigga et al., 1997: Turbo-Kapitalismus. Gesellschaft im Übergang ins 21. Jahrhundert. VSA-Verlag, Hamburg.

Becker, Steffen et al. (Hg.), 1997: Jenseits der Nationalökonomie? Argument Sonderband 249, Hamburg.

Bertinotti, Fausto, 1997: Le due sinistre. Con A. Gianni. Sperlind and Kupfer, Milano

Bobbio, Norberto, 1994: Rechts und Links. Gründe und Bedeutungen einer politischen Unterscheidung. Wagenbach Taschenbuch, Berlin.

Bourdieu, Pierre et al., 1997: Das Elend der Welt. Zeugnisse und Diagnosen alltäglicher Leiden an der Gesellschaft. Universitätsverlag, Konstanz.

Braun, Helga/Jung, Dörthe (Hg.), 1997: Globale Gerechtigkeit. Feministische Debatte zur Krise des Sozialstaats. Konkret Literatur-Verlag, Hamburg.

Crossover (Hg.), 1997: Zur Politik zurück. Für einen ökologischen New Deal. Westfälisches Dampfboot, Münster.

Deppe, Frank, 1997: Fin de Siècle. Am Übergang ins 21. Jahrhundert. PapyRossa Verlag, Köln.

Foitzik, Andreas/Marvakis, Athanasios (Hg.), 1997: Tarzan - was nun? Internationale Solidarität im Dschungel der Widersprüche. Verlag Libertäre Assoziation, Hamburg.

Frerichs, Petra, 1997: Klasse und Geschlecht. Arbeit. Macht. Anerkennung. Interessen. Leske + Budrich, Opladen.

Galtung, Johan, 1997: Der Preis der Modernisierung. Struktur und Kultur im Weltsystem. Promedia Verlag, Wien.

Haug, Frigga/Krätke, Michael (Hg.), 1996: Materialien zum Historisch-Kritischen Wörterbuch des Marxismus. Festschrift für W.F. Haug. Argument-Verlag, Hamburg.

Ingrao, Pietro/Rossanda, Rossana, 1997: Verabredungen zum Jahrhundertende. Mit Beiträgen von E. Altvater, F. Deppe, O. Negt, K.H. Roth und anderen. VSA-Verlag, Hamburg

Korsch, Karl, 1996: Krise des Marxismus. Schriften 1928-1935. Gesamtausgabe Band 5; herausgegeben und eingeleitet von M. Buckmiller, Stichting beheer IISG. Amsterdam.

Kurz, Robert, 1997: Antiökonomie und Antipolitik. Zur Reformulierung der sozialen Emanzipation. In: Krisis 19, Horlemann-Verlag, Bad Honnef.

Mahnkopf, Birgit, 1998: The 'German Model' under the Pressure of Globalization. In: L. Panitch (ed.), Unfinished Business - The Communist Manifest Today. Socialist Register, London/New York/Halifax

Nutzinger, Hans G. (Hg.), 1996: Ökonomie der Werte oder Werte in der Ökonomie? Metropolis Verlag, Marburg.

Roth, Karl Heinz (Hg.), 1994: Die Wiederkehr der Proletarität. Dokumentation der Debatte. ISP Verlag, Köln.

Röttger, Bernd, 1997: Neoliberale Globalisierung und eurokapitalistische Regulation. Westfälisches Dampfboot, Münster.

Sax, Anna et al., 1997: Das Existenzminimum. Grundlagen für eine zukunftsfähige Schweiz. Werd Verlag, Zürich.

SPW, Zeitschrift für Sozialistische Politik und Wirtschaft, 1997: Europa und die Linke. Heft 95/96, Dortmund.

Sterr, Albert (Hg.), 1997: Ches Erben. Gespräche zur aktuellen Politik der Guerilla in Lateinamerika. ISP Verlag, Köln.

Wendel, Michael, 1997: Die angebotspolitische Wende in der Tarifpolitik. Kritik der aktuellen Lohnpolitik der Gewerkschaften. In: Prokla, Heft 106, Münster.

Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, 1997: Europäische Union und die Linke. Integrationstheorien, Währungspolitik, New Labour, Transformation des Wohlfahrtsstaates u.a. Nr. 32. Frankfurt/Main.

Zinn, Karl Georg, 1997: Jenseits der Markt-Mythen. VSA-Verlag, Hamburg.